

CHRISTIN CHRIST UND CuS SOZIALISTIN SOZIALIST

**Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten
Deutschlands e.V.**

Einzelverkauf
6,- DM

53. Jahrgang
November 2000

3/2000

Rechtsextremismus

Aktion Noteingang: Zeichen setzen
Udo Fleige: **Armut gesät, Gewalt geerntet**
Darius Dunker: **Die NPD verbieten?**

Streit um »Judenmission«

Beiträge von Christiane Müller, Harry Wassmann,
Kurt Oesterle und Beate Schröder und Gespräche
mit Christoph Biermann und Tamara Klingenberg

Weitere Beiträge

Volker Böge zur **Bundeswehrreform**
Bruno Schoch über **Kindersoldaten**
Jürgen Schübelin über **Chile im Winter**
Franz Alt interviewt **Michail Gorbatschow**
Heinz Röhr über **Albert Schweitzer**
Brian D'Agostino über **Conny Benson**

Christin und Sozialistin /
Christ und Sozialist (CuS)

Herausgeber
Vorstand des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen und
Sozialisten (BRSD) e.V.:

Dr. Martina Ludwig,
Maik Eisfeld,
Robert Wollborn

Redaktion
Darius Dunker, Aachen (V.i.S.d.P.)
Maik Eisfeld, Schlotheim/Thür.
Udo Fleige, Tübingen
Jürgen Gorenflo, Hamburg
Dörte Münch, Oberhausen
Matthias Nauerth, Ellerbek
Christa Peter, Berlin
Helmut Pfaff, Frankfurt/Main
Oliver Wildner, Hamburg

Abonnements und Retours
BRSD c/o Martina Ludwig,
Hohensteiner Straße 12
09117 Chemnitz
Telefon/-fax: 0371/85 77 366
Kündigungen werden zum
Jahresende wirksam.

Erscheinungsweise
vierteljährlich

Bezugspreis
jährlich DM 30 / € 15 (Ausland
DM 35 / € 18) inkl. Porto.

Betrag bitte zu Jahresbeginn
überweisen an den BRSD e.V., Konto
189 389-464, Postbank Dortmund
(BLZ 440 100 46).

Quittungen werden auf Wunsch
zugewandt. Förderabo DM 40 oder
mehr. Beiträge über DM 30 sind als
Spende steuerlich absetzbar.

CuS im Internet
www.brsd.de
Webmaster: Werner Nauerth

Layout
Darius Dunker, Aachen

Druck
Hephata-Werkstätten,
Mönchengladbach
Hergestellt auf Umweltschutzpapier

ISSN 0945-828-X

Inhalt

■ INLAND

- Aktion Noteingang 4
Zeichen setzen gegen faschistische Verfolgung
Udo A. Fleige 7
Armut gesät – Gewalt geerntet
Darius Dunker 8
Die NPD verbieten?
Volker Böge 9
Nebel werfen auf Nebenkriegsschauplätzen

■ INTERNATIONALES

- Bruno Schoch 11
Hoffnung für ehemalige Kindersoldaten
Jürgen Schübelin 14
Chile im Winter
Franz Alt interviewt Michail Gorbatschow
»Wir brauchen mehr Jesus und mehr Marx« 21

■ THEOLOGIE

- Brian D'Agostino 23
Von Skeletten im Schrank des Ernst Troeltsch
Christiane Müller 25
Der zornige Gott – der liebende Gott
Harry Wassmann 29
Zwei Wege zum Heil?
Kurt Oesterle mit Christoph Biermann 35
Psychoanalyse der Judenmission
Beate Schröder mit Tamara Klingenberg 37
»Die Menschen haben die Brisanz nicht erkannt«
Beate Schröder mit Kurt Oesterle 40
»Von der frohgemuten Ahnungslosigkeit«

■ GESCHICHTE

- Heinz Röhr 44
Jesus im Denken Albert Schweitzers

■ MEDIEN

- Jörg Sundermeier
»Explosiv« für Christen: Das Magazin »Chrisma« 47

Das Ende der Toleranz?

Liebe Leserinnen und Leser,

ein heiß diskutiertes Thema der letzten Monate war die päpstliche Schrift »Dominus Jesus«, in der der Vatikan vor zu weit gehender religiöser Toleranz warnt. Allein die katholische Kirche sei im Besitz der Wahrheit und des Wissens um den rechten Weg zum Heil. Nach jahrelangen Bemühungen um einen interreligiösen Dialog droht nun im sogenannten heiligen Jahr 2000 Missionseifer gepaart mit grenzenloser Ignoranz, christliche Positionen zu bestimmen.

Die intolerante Linie des Vatikans hat auch in manchen Kreisen auf der evangelischen Seite ihre Entsprechung. So fand vor knapp einem Jahr ein Studientag an der Tübinger Universität unter dem Motto »Christlicher und jüdischer Glaube – zwei Wege zum Heil?« statt. »Das Fragezeichen belehrt mich darüber, dass Sie durchaus bezweifeln, dass auch ich als Jude zum Heil gelangen könnte«, bemerkte Landesrabbiner Berger damals. Tatsächlich hatte ein Theologieprofessor gar geäußert, man müsse den Juden »mit Feindesliebe« begegnen. (Mehr dazu ab Seite 29.)

Das christliche Überlegenheitsgefühl drückt sich oft auch in unserem Verhältnis zum Alten Testament aus, beispielsweise wenn Fernsehpfarrer JÜRGEN FLIEGE im neuen evangelischen Magazin »Chrisma« (siehe S. 47) den strafenden Gott von »vor 3000 Jahren« als »falsch« gegenüber dem geduldierten »Konzept von Jesus« bezeichnet.

CHRISTIANE MÜLLER weist in ihrem Artikel »Der zornige Gott – der liebende Gott« (Siehe S. 25) hingegen auf Matthäus 5,17 hin: »Meinet nicht, dass ich gekommen sei, das Gesetz oder die Propheten aufzulösen...«.

Nicht nur war Jesus Jude und ging beispielsweise selbstverständlich in den Tempel, auch die frühe Christenheit war so etwas wie eine jüdische Sekte, die gewiss mehr Ähnlichkeit mit dem (damaligen) Judentum als mit dem heutigen Christentum hatte. Als sich diese frühen Gemeinden von ihren jüdischen Wurzeln zu lösen begannen, entstanden einige antijüdische Passagen im Neuen Testament, die dem »historischen« Antisemitismus immer wieder als Argument dienten.

Mit dem aktuellen Antisemitismus und der Fremdenfeindlichkeit hat auch der zweite Schwerpunkt dieses Heftes zu tun: das Thema Rechtsextremismus (ab S. 4). Die »Aktion Noteingang« beschreibt in erschreckenden Details die fremdenfeindlichen Selbstverständlichkeiten in den neuen Bundesländern. UDO FLEIGE weist auf die sozialen Ursachen des Rechtsextremismus hin, die mit dem nun von Bund und Ländern geplanten NPD-Verbot keinesfalls bekämpft werden. Was dennoch für das Verbot spricht, beschreibt DARIUS DUNKER.

»Gebt ihnen keine Hoffnung, daß ihre Gedanken sich einmal in Zukunft durchsetzen werden, denn es sind Gedanken der Gewalt und nicht der Gerechtigkeit, es sind Gedanken des Hasses und nicht der Liebe, es sind Gedanken, die nicht aufbauen, sondern zerstören. Schneidet den Nazis auch den letzten Ausweg ab, meine deutschen Freunde, den Ausweg in die Zukunft.« (Paul Tillich, 13.3.1944)

Dörte Münch und Darius Dunker

Heft 4/2000 erscheint im Dezember unter anderem mit dem Thema »Kirchenasyl«.

Zeichen setzen

gegen
rassistische und
faschistische
Verfolgung



Mit der AKTION NOTEiNGANG versuchen junge Menschen aus Brandenburg und Thüringen, Geschäfte und öffentliche Gebäude als Zufluchtsort für rassistisch bzw. faschistisch Verfolgte kennzeichnen zu lassen. Am 1. September wurde die Initiative für dieses Engagement mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet. Bei der Preisverleihung am westlichen Ende der Republik konnten viele der ZuhörerInnen kaum glauben, was die PreisträgerInnen aus ihren Städten berichteten...

Ich kann mich nicht gegen Rassismus positionieren, da dies eine politische Positionierung ist und ich als Bürgermeister neutral bleiben muss, sagte der Bernauer Bürgermeister 1999, als er gefragt wurde, warum er den Noteingang-Aufkleber nicht anbringt und allen städtischen Einrichtungen ebenfalls die Teilnahme an der Aktion Noteingang untersagt.

Der Delitzscher Bürgermeister äußerte erst kürzlich, dass das Motto »Gegen Faschismus« kein politisch neutrales sei und deshalb ein Konzert unter diesem Motto

im städtischen Jugendklub nicht stattfinden kann. In Delitzsch sind Überfälle und Angriffe auf Kinder, Jugendliche und deren Eltern, die nicht ins Bild der Neonazis passen, weil sie nicht-deutsch oder links aussehen, alltäglich. Auf offener Straße, in der eigenen Wohnung, mit Waffen oder Fäusten – alle schauen zu, die Opfer bleiben allein und ihnen bleibt nur noch der Wegzug aus dieser Stadt.

Das ist heute Alltag in Deutschland: Neonazis gehören zum Stadtbild, wer sich gegen Faschismus äußert ist mindestens

links, »einer von denen«, oder gar einer von den »Chaoten«. Ausländer sind die, für die hier kein Platz ist, denn »das Boot ist voll«, wie unser Innenminister Schily erst kürzlich sagte. Sie sind nicht willkommen. Statt Begrüßungsgeld gibt es heute meist eine unfreiwillige Rückflugkarte: Zwangsabschiebungen, wie sie die Lufthansa gern durchführt, mit oder ohne Gewaltanwendung – je nach Bedarf, sind ebenso Alltag. Neonazistische Gruppen rufen zum militanten Terror auf, Anschläge, Briefbomben, Morddrohungen, Brandstiftungen. Auch daran scheint sich Deutschland wieder zu gewöhnen.

»Was hat der auch so spät noch auf der Straße zu suchen?«, fragte der Spremberger Bürgermeister angesichts des Todes von Omar Ben Noui, als dieser im Zuge einer nächtlichen Hetzjagd zu Tode kam. Gleichzeitig forderte der Bürgermeister ein Ausgangsverbot für Asylbewerber ab 22 Uhr.

Derlei Zitate haben wir in den letzten Jahren viele sammeln können. Rassistische Äußerungen von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, von politischen und gesellschaftlichen Verantwortungsträgern sind Alltag geworden und fallen kaum noch auf. Damit öffnen Sie den Raum für faschistisches Gedankengut, indem sie es legitimieren – indem gezeigt wird, dass der Bürger denkt, was der Nazi auf der Straße handelt. Den Rechtsradikalen wird damit der Rückhalt geboten, aus welchem heraus ihre Taten nur möglich sind.

Im Sommer 1998 sahen wir uns wieder einer sogenannten »Welle« von

rassistischen Gewalttaten gegenüber. Wieder gab es die unsäglichen Angriffe – in Form von Pöbeleien, Beschimpfungen, Verächtlichmachungen, Rempelen und Schlägen. Wieder berichtete die Presse von gewaltsamen Überfällen auf Camper und Reisegruppen. Wieder gab es Polizeibeamte, die nicht die Personalien der Täter feststellten, sondern die »Ausländer« auf die Polizeiwache schleiften, um sie bis zum Morgenrauen mit Handschellen an die Heizung zu fesseln. Und dieses mal häuften sich die Angriffe kurzzeitig über einige Wochen lang soweit, dass selbst die Regionalpresse nicht mehr darum herum kam, darüber zu berichten.

Uns, die wir aus Bernau, Strausberg, Neuruppin, Kyritz und all den anderen Städten Brandenburgs kommen, war das Problem rechtsradikaler Gewalt nicht neu.

Seit Jahren sind einige von uns dabei, sich in kommunale Belange einzumischen, mal als Stadtverordnete der Alternativen Jugendliste, mal mit antifaschistischen Straßenfesten. Antifaschismus gehört für uns als Selbstverständlichkeit mit zu unserer alltäglichen Praxis. Wir sind Antirassistinnen und AntifaschistInnen, die sich nicht mit Toleranzserklärungen abfinden werden, die eine Veränderung dieser Zustände einfordern.

Einige von uns werden in ihren Städten als Exoten betrachtet, viele als Störenfriede gesehen, die schlechte Presse für die Stadt bringen, weil wir öffentlich machen, was keiner sehen will.

Die Betroffenen der rassistischen Gewalt waren Menschen, die entweder »fremd« aussahen, für »Russen« gehalten wur-

„Noteingang“ bietet Zuflucht vor Gewalt

Von Marianne Baum

BM Frankfurt (O.) – Man muß schon genau hinschauen, um sie zu entdecken. Schwarze gelbe Aufkleber der „Aktion Noteingang“ die nach dem Bestreben der „Plattform gegen Rechts“ möglichst bald flächendeckend

werden, daß sie hier Zuflucht suchen können.

Eine der ersten Frankfurter Ladeninhaber, die sich der im März begonnenen Aktion anschlossen, ist Andres Pieske. Ihr Dessous-Geschäft in der City-Magistrat hat an der Tür den

rechter Jugendlichen, die sich durch den Aufkleber provoziert fühlen könnten, hat Frau Pieske bisher nicht gedacht. „Solche Aufrufen hat man ja schnell parat“, winkt sie ab. Edelgard Lemke, Geschäftsführerin der Buchhandlung

und die Nummer vom Wachschatz ständig in der Tasche“, so Frau Lemke.

Generelle Ablehnung zeigt der Betreiber eines Zeitungsstands. „Ich bin doch nicht lebemüde und lasse mir keine

den oder aber mit ihrem jugendkulturellen Stil als »Linke« stigmatisiert waren. Die Täter waren meist jung, männlich, nach eigenem Verständnis deutsch und mal bekennende Rechtsradikale, mal »Unpolitische« aber schon eher rechts.

Diese Angriffe auf Leib und Leben, diese Entwürdigungen von Menschen machen Angst. Die Täter bewegen sich mit einer Unverfrorenheit und Selbstverständlichkeit im Alltag, in der Öffentlichkeit »ihrer« Stadt und schaffen ein Klima der Angst – nur zu spüren für die, die nicht in die Kategorien dieser selbsternannten deutschnationalen Sittenwächter passen.

Es wird nicht wahrgenommen von jenen, die mit Politik nichts zu tun haben wollen, heimlich unterstützt von denen, die glauben Arbeitslosigkeit entsteht durch Migration und offen den Rücken gestärkt bekommen durch diejenigen, die Flüchtlinge als Asylbetrüger diffamieren.

Rassistische und faschistische Gewalt sind alltäglich geworden. Sie sind auch möglich, weil sich eine Gesellschaft nicht verhält und keine Position bezieht.

Aktion Noteingang war eine Reaktion – gedacht als praktische Provokation, als Idee, als Herausforderung an das tolerante brandenburger Völkchen.

Erste Hilfe in der Buchhandlung

Junge Leute werben in Erfurt für Zivilcourage gegen rassistische Gewalt. Die meisten Geschäftsleute wollen von der Aktion nichts wissen.



Aktion Noteingang wollte genau dort ansetzen, wo die rassistischen Gewalttaten ihren Rückhalt haben, in der Mitte der Gesellschaft, in der Öffentlichkeit.

Aktion Noteingang wollte die Öffentlichkeit in die Verantwortung nehmen für das, was sich vor ihrer Tür abspielt.

Die Ergebnisse sind ernüchternd und in Erfahrungsberichten und Statistiken nachlesbar in unserer Broschüre.

Dort ist beschrieben, wie schwierig es war, Bündnispartner in den Kommunen zu gewinnen und wie die Aktion auch oft genug nicht durchgeführt werden konnte, mangels Unterstützung für die Initiatoren.

Nachlesbar ist auch, wie unterschiedlich die angesprochenen Bürgerinnen und Bürger versucht haben, sich einer Positionierung zu entziehen.

Die Idee des Projektes Aktion Noteingang geht weiter. Rassismus und Faschismus sind kein alleiniges Brandenburger Problem. Und so gibt es neben Anfragen aus weiteren Kommunen Brandenburgs auch konkrete Vorbereitungen von Gruppen in Leipzig und Halle, um die Aktion durchzuführen.

Wir brandenburger Gruppen und Initiativen haben uns durch die Aktion vor gut einem Jahr zu einem Netzwerk zusammengefunden.

Das nun entstandene Antirassistische Jugendbündnis gibt uns Raum und Kraft für weiteres gesellschaftliches Engagement und politisches Handeln.

Die Verleihung des Aachener Friedenspreises ist für uns mehr als nur eine Würdigung. Sie ist die Anerkennung eines dringenden politischen Engagements, die uns bestärkt, weiterhin dafür einzutreten, dass Menschenwürde und Antifaschismus zu Selbstverständlichkeiten in unserer Gesellschaft werden.

Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Aachener Friedenspreises e.V.

Armut gesät — Gewalt geerntet

Über Rassismus und Kapitalismus in Deutschland

Von Udo A. Fleige

Was den Philippinen recht ist, ist Deutschland billig: »Armut gesät. Gewalt geerntet« – so lautet die Überschrift eines Kommentars in der Südwestpresse Ulm zu den Geiselnahmen auf der Insel Jolo. Ganz zutreffend schreibt der Autor: »Die Geiselnahmer sind radikale Islamisten. Doch getragen werden sie nicht von der Religion, sondern von der Armut der Bevölkerung. [...] Die Frontlinie verläuft [...] zwischen Armut und relativem Wohlstand«. (Frank Brandmaier, dpa, in der SWP vom 5.9.2000)

Wer die Gewalt bekämpfen will, muss die Armut bekämpfen

Und in Deutschland? Wie soll und kann man den Rassismus, die Gewalt von Skinheads und anderen Neonazis gegen Ausländer bekämpfen?

Es ist gut, wenn die deutsche Regierung nun den Neofaschismus offensiv bekämpfen will und verkündet, dass sie die Gewalt gegen Fremde nicht mehr länger tolerieren will. Es ist zu begrüßen, auch wenn die Motive nicht ganz edel sind, und die deutsche Regierung von der deutschen Wirtschaft getrieben wird, die indische Computerspezialisten braucht und osteuropäische Billigarbeiter auf den Baustellen, um international

konkurrenzfähig zu bleiben. Trotzdem: Alle mal besser als eine Regierung, die den Neofaschismus duldet, fördert oder in der RassistInnen Ämter innehaben.

Aber: Fremdenfeindliche Gesinnung lässt sich nicht verbieten, und die Ursachen des Rassismus werden durch kein Verbot beseitigt. In einer Studie der Freien Universität Berlin heißt es, dass 21% der BrandenburgerInnen und 12% der BerlinerInnen offen rechtsextremes Gedankengut vertreten. Diese Geisteshaltung wird sich durch Verbote und Verhaftungen nicht verändern. Moshe Zuckermann, Professor und Leiter des Instituts für Deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv, zeigt einen anderen Weg auf:

»Rechtsextremismus ist kein spezifisch deutsches Problem. Das kann man daran sehen, dass Österreich es mit dem Rechtsextremisten Haider zu tun hat, die Schweiz mit einem Blocher, Le Pen treibt sein Unwesen in Frankreich, es gibt einen großen Aufschwung des Rechtsextremismus in Schweden. [...] Seit der so genannten deutschen Wiedervereinigung ist der Osten des Landes so abgehalftert worden, dass ganze Lebenswelten abgeschrieben wurden, nicht nur mental, sondern auch real. Die Vereinnahmung des Ostens durch den Westen machte sich nicht nur im Kapitalismus fest, sondern auch in der sozial-psychologischen Ausrichtung nach dem Westen. [...]

Für mich [ist] immer das Sozio-Ökonomische die Ursache. Eine Gesellschaft, in der öko-

nomische Bedürfnisse gestillt werden, eine Gesellschaft, in der der Umgang miteinander nicht mehr von Wettbewerb und Ausgrenzung geprägt ist, wäre im Hinblick auf Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit besser dran. Rassismus ist keine genetische Veranlagung, sondern ein geschichtlich und sozial gewachsenes Phänomen. [...] Interessant ist, dass in dem Moment, in dem der Sozialstaat abgebaut wird, die Politik sich auf den Rechtsextremismus besinnt. Es ist leicht, da einen Kausalzusammenhang zu sehen. [...] Es ist also kein deutsches Problem, sondern ein Problem des Kapitalismus in der Welt.*

Getragen werden die Neonazis und Rassisten in Deutschland und anderswo nicht von ihren Ideologien, sondern in erster Linie durch reale und befürchtete Arbeitslosigkeit, durch realen oder befürchteten sozialen Abstieg, durch reale oder befürchtete Armut, durch das daraus resultierende Gefühl, »abgehalftert und abgeschrieben« zu sein. Dagegen helfen nicht Verbote, sondern wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit.

*Das komplette Interview mit Moshe Zuckermann ist nachzulesen in Jungle World vom 30.8.2000 oder im Internet unter www.jungle-world.com

Die NPD verbieten?

Ein Kommentar von DARIUS DUNKER

Über ein mögliches Verbot der rechtsextremen NPD wird heftig gestritten. Vor Jahren war die NPD eher die Partei unverbesserlicher Stammtischnazis rechts der CSU, manche ihrer Mitglieder mögen sich selbst noch für den Rand des demokratischen Spektrums gehalten haben. Mit Schlägerbanden hatte man – zumindest nach außen hin – nichts zu tun. Dieses Klischee wird uns fast noch in Reinform als Helga Beimers Onkel Franz in der »Lindenstraße« präsentiert: Die Hoffnungslosigkeit seiner Politik, der Anachronismus seiner Existenz lassen schon eher Mitleid als Sorgen aufkommen.

Doch mit der Gründung der »Republikaner« und seit dem Verbot der FAP hat sich die rechte Szene neu organisiert. Die NPD ist heute Sammelbecken für RechtsextremistInnen verschiedenster Herkunft. »Onkel Franz« hat Gesellschaft bekommen: Neonazis aus FAP und Skinhead-Szene, Studenten aus der »Burschenschaftlichen Gemeinschaft«, bombenbastelnde Rechtsterroristen und – immer wieder gerne gesehen – prominente Überläufer wie der ehemalige RAF-Anwalt Horst Mahler.

Von prinzipiellen Einwänden gegen Parteiverbote – die großenteils immer noch bestehenden skandalösen Folgen des KPD-Verbots vor Augen – einmal abgesehen, ist fraglich, was ein Verbot der NPD erreichen kann. Die NPD ist Symptom, nicht Ursache des Rechtsextremismus (s.o.), nach einem Verbot würden andere Organisationen ihre Rolle übernehmen, wie das im Fall der FAP geschehen ist.

Aber: der Status einer legalen Partei hat viele Folgen. Er lässt die NPD nicht nur legitim erscheinen, er bringt ihr auch ihre Haupteinnahmequelle. Denn die NPD lebt an erster Stelle nicht von Spenden, sondern von der staatlichen Parteienfinanzierung. Sie erfährt damit, ob gewollt oder nicht, eine offizielle staatliche Förderung, aufgebracht von den SteuerzahlerInnen. Ist es aber den Opfern rechter Gewalt zuzumuten, ihre VerfolgerInnen auch noch mitzufinanzieren?

Es ist das Dilemma der Demokratie, nicht die Mittel ihrer Gegner einsetzen zu können, aber Demokratie darf auch nicht ihre menschenverachtenden Feinde unterstützen und fördern.

Nebel werfen auf Nebenkriegsschauplätzen

VOLKER BÖGE vom Komitee für Grundrechte und Demokratie kommentiert die Pläne zur Bundeswehrreform

Bundeswehr wird zur Interventionsarmee fern der Heimat

Gegenwärtig tobt in der Öffentlichkeit eine Schlacht um die Grundzüge einer umfassenden Reform der Bundeswehr. Die künftige Personalstärke der Streitkräfte und die Frage nach Erhalt oder Abschaffung der Wehrpflicht sind heiß umkämpft. Das ist – um im militärischen Jargon zu bleiben – Nebelwerfen auf Nebenkriegsschauplätzen. Denn verdeckt wird die Tatsache, dass sich Scharping, von Kirchbach, die Damen und Herren der Weizsäcker-Kommission und die VertreterInnen der rot-grünen Regierung sowie der christlich-liberalen Opposition im entscheidenden Punkte völlig einig sind: Das deutsche Militär soll zu einer fern der Heimat einsetzbaren Interventionsarmee umgerüstet und umstrukturiert werden. Die »Landesverteidigung« – der klassische Auftrag der Bundeswehr – mag zwar noch unterschiedlich gewichtet werden, klar und unbestritten aber ist, dassktisch »Kriseneinsätze« künftig zur Hauptaufgabe werden. Denn ein Feind, der das Land bedrohen könnte, ist nach einhelliger Meinung weit und breit nicht in Sicht, »Krisen« dafür aber umso mehr.

Mobilität, Flexibilität, Verlegbarkeit, Durchhaltefähigkeit

Die Weizsäcker-Kommission etwa empfiehlt, die Bundeswehr auf den »Kriseneinsatz« auf zwei Schauplätzen gleichzeitig auszurichten. Und da ist es dann nebensächlich, dass die Kommission den Personalumfang auf 240.000 Soldaten und die Zahl der Wehrpflichtigen auf 30.000 herunterfahren will; entscheidend ist, dass sie die Krisenreaktionskräfte (in der neuen Terminologie: Einsatzkräfte) von gegenwärtig 60.000 auf 140.000 aufstocken will. Diese Einsatzkräfte sollen fern der Heimat kämpfen können. Mobilität, Flexibilität, Verlegbarkeit, Durchhaltefähigkeit sind Schlüsselbegriffe, mit denen die künftigen Fähigkeiten des Militärs bedacht werden. Dem entsprechend empfiehlt die Weizsäcker-Kommission, bei der Umrüstung der Bundeswehr das Schwergewicht auf so aparte Instrumente wie »strategische Lufttransportkapazität«, »leistungsfähige Seetransportkapazitäten«, »Präzisionsbewaffnung mit Abstandsfähigkeit« usw. usf. zu legen, kurz: Auf auf jene Instrumente, die für militärische Interventionen besonders dringend gebraucht werden. Ebenso sollen die »nationalen Führungs-

strukturen« auf Interventionsfähigkeit ausgelegt werden. Es soll eine neue Organisation geschaffen werden, die »in der Lage ist, streitkräftegemeinsame Operationen modular zusammengestellter Kontingente über Landes- und Bündnisgrenzen hinweg (! V.B.) zu führen«. Hat da jemand »Generalstab« gehört?

Gegen Grundgesetz und Völkerrecht für den »Guten Zweck«

Kein Trost ist es, dass man diese Interventionsarmee nach eigenem Bekunden ja nur für »den guten Zweck«, also »Krisenbewältigung«, »humanitäre Interventionen« etc. pp. einzusetzen gedenkt. Im Krieg gegen Jugoslawien hat man sich ja auch schon über Völkerrecht und Grundgesetz hinweggesetzt. Und oberstes Gebot friedens- und sicherheitspolitischen Urteils ist und bleibt, militärische Mittel nicht nach den Absichtsbekundungen der Politiker und Militärs zu beurteilen, sondern nach den Fähigkeiten. Interventionsfähigkeit aber ist das zentrale Charakteristikum der angestrebten neuen Bundeswehr.

Auch nicht zur Beruhigung trägt bei, dass man diese Interventionsarmee ja nur »im Bündnis«, also im Rahmen der NATO und neuerdings auch der EU, einsetzen will und sie auch nur bündnisgemeinsam einsetzbar machen will. Das mag zwar nationale militärische Alleingänge ausschließen, nicht aber militärgestützte nationale Machtpolitik als solche. Denn das eigene militärische Gewicht wird selbstverständlich als Trumpfkarte in die internen machtpolitischen Konkurrenzen in NATO und EU eingebracht werden. Wie heißt es doch bei der Weizsäcker-Kommission: 140.000 Mann (und Frau) Einsatzkräfte seien erforderlich, um »der Bundesrepublik

angemessenes Gewicht und Mitsprache im Bündnis zu sichern«.

Dreiste Grüne

Ein Letztes: Vollends zynisch wird die Argumentation dort, wo man eine interventionsfähige Bundeswehr einordnet in eine angeblich auf zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung orientierte Politik und das Militär zum Mittel einer solchen Politik erklärt; zeigen doch die Gewichte – nimmt man allein die Ausstattung mit Finanzen und Ressourcen – das einmal mehr das Militär zum eigentlichen Kern von »Krisenbewältigung« gemacht werden soll, während zivile Instrumente zum entbehrlichen Wurmfortsatz der hochgerüsteten Streitmacht degradiert werden. Von nicht zu überbietender Dreistigkeit ist angesichts dieser Entwicklungen, wer – wie die Grünen – die personelle Reduzierung der Bundeswehr und die Abschaffung der Wehrpflicht bei gleichzeitiger Modernisierung und Interventionsorientierung als friedenspolitischen Erfolg verkaufen will.

Erstes Gebot von Friedenspolitik ist,

einerseits militärische Mittel so abzubauen und umzumodeln, dass sie nicht mehr offensiv- und interventionsfähig sind, und andererseits Methoden und Instrumente ziviler Konfliktbearbeitung zu entwickeln. Nur so kann man einer Bundesrepublik ohne Armee und einer Welt ohne Militär und gewaltsamen Konfliktaustrag näher kommen. Das aber wollen offensichtlich weder Scharping noch die Weizsäcker-Kommission noch die Grünen.

Hoffnung für ehemalige Kindersoldaten

BRUNO SCHOCH stellt die Hilfsorganisation »Reconstruindo a Esperança« aus Mozambique vor, die sich um die Therapie und soziale und familiäre Reintegration ehemaliger Kindersoldaten kümmert.

Wer meint, das Thema Kindersoldaten betreffe lediglich die sogenannte Dritte Welt, ist auf dem Holzweg. Sie gehören zur europäischen Kriegsgeschichte. Die Formulierung, etwas »von der Pike auf gelernt« haben, erinnert daran. Die Landsknechte hatten ihre Trossbuben, und bis ins 18. Jahrhundert war es üblich, Offiziersaspiranten bereits im Alter von zehn bis zwölf Jahren bei einem Offizier in die Lehre zu schicken. Und es ist es noch nicht lange her, seit die Kadettenerziehung in Europa gang und gäbe war.

Erinnert sei schließlich auch an zwei deutsche Tragödien des 20. Jahrhunderts: An den »Kindermord bei Ypern« im Oktober 1914, als man im flandrischen Langemarck Zehntausende von Studenten, die als Kriegsfreiwillige gerade zwei Monate Ausbildung genossen hatten, gegen reguläre britische

Truppen anrennen ließ. 36.000 starben in drei Wochen – das entspricht fast den Verlusten der USA im Vietnamkrieg. Und es ist auch zu erinnern an das »letzte Aufgebot«, mit dem das Dritte Reich 1944 und 1945 noch die 15- und 14-Jährigen in einem längst verlorenen Krieg sinnlos verheizte.

Es gibt also keinen Anlass zu europäischem Dünkel. Gleichwohl hat die Zahl der Kindersoldaten im Lauf der neunziger Jahre v.a. in der sogenannten Dritten Welt dramatisch zugenommen. Die schwedische Kinderhilfsorganisation Radda Barnen – d.h. »Rettet die Kinder« –, eine der führenden NGO's auf diesem Gebiet, schätzt, dass gegenwärtig rund 300.000 Kindersoldaten in 31 bewaffneten Konflikten eingesetzt sind. Die Zahl der Kinder, die in der letzten Dekade z.T. als Soldaten missbraucht und di-

rekt in Kriegshandlungen involviert waren, geht in die Millionen. Rädä Barnen schätzt, dass seit 1990 um die 10 Millionen Kindern schwer traumatisiert worden sind.

Diese Entwicklung hängt damit zusammen, dass sich das Kriegsgeschehen in den neunziger Jahren verschoben hat zu innerstaatlichen Gewaltauseinandersetzungen, von religiös, ethnisch oder ökonomisch motivierten Bürgerkriegen bis hin zu Clan- und Bandenkriegen. Dabei wurde die seit je prekäre Unterscheidung zwischen Kombattanten und Zivilbevölkerung weitgehend eingeebnet.

Die große Zahl von Kindersoldaten hat auch mit der massenhaften Verbreitung von leichten, hochmodernen Handfeuerwaffen über den ganzen Erdball zu tun. Diese sind heute so einfach konstruiert, dass selbst ein Kind von 10 Jahren sie ohne langes Training handhaben kann. Gewiss, die Waffen sind nicht die Ursache für ihre Anwendung. Aber dank des florierenden internationalen Handels sind Handfeuerwaffen praktisch an jeder Ecke zu erhalten. Es liegt auf der Hand, dass hier die exportierenden Staaten mitverantwortlich sind. Es ist deshalb nur folgerichtig, dass sich inzwischen viele NGO's nachdrücklich für die Einschränkung des Handels mit Kleinwaffen einsetzen.

Kindersoldaten rückten durch den ersten Golfkrieg zwischen 1980 und 1988 zwischen Iran und dem Irak ins Bild. Mit sogenannten »Menschenwellen« versuchte das Regime Irans, die technische Überlegenheit des Irak auszugleichen. In vorderster Front hetzte es »Kinder Gottes« gegen irakische Stellungen, oft durch vermintes Gelände. Im Grunde waren sie weniger Soldaten denn »Kanonenfutter« – kindliche Himmelfahrtskommandos, denen Erwachsene den Weg ins Paradies versprochen hatten.

Dass Kinderkrieger aber auch imstande sind, wehrlose Zivilisten abzuschlachten, musste die Weltöffentlichkeit am Beispiel

von Mozambique erfahren. In dessen Bürgerkrieg, der kurz nach der 1975 errungenen Unabhängigkeit begann und bis 1992 anhielt, sind Tausende von Kindern auf beiden Seiten als Soldaten eingesetzt worden, viele durch Zwangsrekrutierung.

Vor allem die von Rhodesien und dem damaligen Apartheid-Regime in Südafrika unterstützte Rebellenbewegung Renamo, die gegen die seinerzeit sozialistisch ausgerichtete Frelimo-Regierung einen Terrorkrieg führte, bediente sich dabei der Kinder. Die Rebellen überfielen Dörfer, zwangen dort lebende Kinder, andere Dorfbewohner zu ermorden, um sie gefügig zu machen, oder verschleppten sie, um sie mit Hunger, Folter und Drogen zum Töten abzurichten. Gegen diese grausamen Praktiken bezog die UNO Stellung. Im Juni 1994 beauftragte Generalsekretär Boutros-Ghali Graça Machel, die ehemalige Erziehungsministerin Mozambiques, mit einem Expertenbericht, den sie im August 1996 der UNO vorlegte: der sogenannte »Machel-Report«.

Literatur zum Thema Kindersoldaten zu lesen, ist erschütternd. Kinder werden zu einer Art Killer-Roboter abgerichtet oder als sexuell Abhängige missbraucht. Nicht immer sind dabei direkter Zwang oder Drogen im Spiel. Es gibt Kinder, die sich bewaffneten Verbänden aus Not und Angst anschließen. Sie hoffen, mit der Waffe in der Hand ihre Existenz sichern zu können; oder sie suchen die Geborgenheit in der Gruppe. Bei anderen wird kindliche Begeisterungsfähigkeit für Ideale instrumentalisiert – es verbietet sich selbstredend gleichwohl, von »Freiwilligen« zu reden! Auch das Bedürfnis nach Rache und sexuelle Motive spielen eine Rolle. Vergewaltigungen und sexuelle Sklaverei von Minderjährigen sind die eine Seite, Kinder als sexuelle Gewalttäter die andere. Der britische Schriftsteller Michael Ignatieff, dessen Reisberichte aus dem zerfallenden Jugoslawien zu den instruktivsten

Büchern über den neuen Nationalismus gehören, weist in seinem jüngsten Buch, »The Warrior's Honour«, auf diese Dimension hin:

»In den meisten traditionellen Gesellschaften ist Ehre mit Zurückhaltung verbunden und Männlichkeit mit Disziplin. Im männlichen Verhalten vieler älterer afghanischer Krieger oder in der Würde der kurdischen pesmerga zeigt sich eine Kriegerordnung, die auch eine stolze Vision männlicher Identität darstellt. Die besondere Brutalität der Kriege in den neunziger Jahren knüpft an eine andere Vision männlicher Identität an – der wilden Sexualität des heranwachsenden Jugendlichen. Diese Heranwachsenden stellen eine andere Art von Soldat dar: eine, für die eine Waffe nicht etwas ist, das respektiert oder mit ritualisierter Korrektheit behandelt werden muss, sondern eine explizit phallische Dimension hat. Einen Kontrollpunkt in Bosnien zu überqueren, an dem Teenager mit dunklen Sonnenbrillen und eng anliegenden Tarnanzügen AK-47-Maschinengewehre schwingen, bedeutet, eine Zone toxischen Testosterons zu betreten. Krieg hatte schon immer eine sexuelle Dimension – eine Soldatenumiform zu tragen ist keine Garantie für gutes Benehmen. Aber wenn ein Krieg von jugendlichen Irregulären geführt wird, wird sexuelle Barbarei zu einer ihrer normalen Waffen.«

Eine von der Menschenrechtskommission der UNO eingesetzte Arbeitsgruppe hat ein Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention von 1989 ausgearbeitet. Im Januar dieses Jahres einigte man sich – nach sechs Jahren Verhandlungen! – darauf, dass das Mindestalter für Kinder in kriegerischen Auseinandersetzungen auf 18 Jahre angehoben werden soll. Reguläre Streitkräfte und nichtstaatliche bewaffnete Gruppen sollen sich verpflichten, keine Kombattanten unter 18 Jahren einzusetzen sowie frühere Kindersoldaten zu demobilisieren, zu rehabilitieren und in die Gesellschaft zu reintegrieren.

Der Wermutstropfen dabei: Diese Einigung war nur möglich, weil das Rekrutierungsalter für Nichtkombattanten bei 16 Jahren belassen wurde. Gleichwohl war die Einigung ein Durchbruch. Man erwartet, dass die UN-Vollversammlung in ihrer diesjährigen Herbstsitzung dieses Zusatzprotokoll beschließen wird.

Die 1996 gegründete NGO »Reconstruindo a Esperança«, Wiederherstellung der Hoffnung, ist eine Organisation, die kriegstraumatisierten Kindern, Jugendlichen und deren Familien Hilfe anbietet. Mittels gezielter therapeutischer Bearbeitung dieser Traumata soll die Reintegration der ehemaligen child soldiers ermöglicht werden. Ihr spiritus rector ist Boia Efraime junior, der eine neue Behandlungsmethode entwickelt hat, die psychotherapeutische Ansätze mit Methoden der traditionellen afrikanischen Heilkunst verknüpft. Gemessen an der Zahl derer, die auf der ganzen Welt solche Hilfe brauchen, sind die Möglichkeiten von »Reconstruindo a Esperança« gewiss überaus bescheiden. Gleichwohl ist es ein exemplarisches Projekt, das Mut macht. Es verdient – und braucht – weit über den Aachener Friedenspreis hinaus Aufmerksamkeit und v.a. materielle Unterstützung.

Reconstruindo a Esperança wurde in diesem Jahr – wie die Aktion Noteingang (siehe S. 4) – mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet. Der hier abgedruckte Text ist ein Auszug aus der Laudatio (mit freundlicher Genehmigung des Aachener Friedenspreises e.V.).

Chile im Winter

Die bleiernde Last der nicht bewältigten Vergangenheit

VON JÜRGEN SCHÜBELIN

Ein bisschen Wahrheit – und (k)ein bisschen Gerechtigkeit?

Eine absurde, gespenstische Szene: Die Witwe Salvador Allendes, Hortensia Busi und seine Tochter Isabel müssen – von Schirmen und Bodyguards geschützt – unter einem Regen von faulen Eiern und Peso-Münzen, begleitet von Buh-Rufen und gellenden Pfiffen, in den Regierungspalast Moneda geführt werden. Wenige Minuten zuvor hatten sie zusammen mit dem seit März amtierenden Präsidenten Ricardo Lagos und dem Bürgermeister von Santiago, Jaime Ravinet, die sechs Meter hohe Bronzestatue des am 11. September 1973, während des Militärputsches in Chile, getöteten sozialistischen Präsidenten Salvador Allende enthüllt.

Gedacht und geplant war die symbolträchtige Rückkehr Allendes auf die Plaza de la Constitución, wenige Meter von der Moneda entfernt, als Versöhnungsgeste gegenüber der Generation der Unterstützer und Verteidiger der Unidad Popular und ihrer Vision von einem demokratischen, lateinamerikanischen Sozialismus mit menschlichem Gesicht. Allende – zumindest als Sta-

tue – im Blickkontakt mit den Denkmälern seiner beiden Vorgänger Jorge Alessandri (1958-1964) und Eduardo Frei (1964-1970), sollte aber auch – so der Wille der Parlamentsmehrheit, die bereits vor sechs Jahren die Errichtung des Standbildes beschlossen hatte –, einen Beitrag zur Aussöhnung zwischen den Opfern Pinochets und der chilenischen Gesellschaft leisten.

Doch der Versuch geriet zum Fiasko. Der sozialdemokratische Präsident Ricardo Lagos und seine zur Denkmals-Enthüllung geladenen Gäste waren am 26. Juni, dem Tag, an dem Allende 93 Jahre alt geworden wäre, nur unter größten Mühen – und immer wieder unterbrochen von »Verräter, Verräter«-Rufen – in der Lage, ihre Reden zu halten. Carlos Altamirano, seinerzeit einer der wichtigsten Ideologen der Unidad Popular, Chiles Verteidigungsminister Mario Fernández und der sozialistische Senator Carlos Ominami mussten vor dem Hauptportal des Präsidentenpalastes ungeschützt einen Hagel aus Münzen und Eiern über sich ergehen lassen.

Besonders schmerzhaft für die seit dem 11. März amtierende, neue chilenische Regierung unter dem Sozialdemokraten Lagos war, dass sie hier nicht etwa die Verachtung der Anhänger Pinochets und der poli-

tischen Gegner aus der UP-Zeit zu spüren bekam, sondern die aufgestaute Wut und Frustration von Opfern des Militärregimes aus dem Lager der Kommunistischen Partei Chiles (PC) und anderer Gruppen der außerparlamentarischen Linken, deren Vertreter von den Zeremonienmeistern der Moneda nicht unter das Zeltdach mit den Ehrengästen geladen worden waren.

Wenige Tage zuvor, am 21. Juni, hatten sich 120 Kilometer von Santiago entfernt, im chilenischen Parlament mit Sitz in Valparaíso, ähnlich emblematische – und nicht weniger beschämende – Szenen abgespielt. Mit einem massiven Polizeiaufgebot und den gewohnt rüden Handgreiflichkeiten der Carabineros (kasernierte chilenische Polizei) hatte der christdemokratische Senatspräsident, Andrés Zaldívar, die Frauen aus der Agrupación de Familiares de Detenidos-Desaparecidos, (dem Verband der Familienangehörigen von Verhafteten-Verschwindenen), von der Besuchertribüne des Parlamentes entfernen lassen.

Die Mütter, Schwestern und Ehefrauen der Pinochet-Opfer unter der Führung ihrer beiden Vorsitzenden Viviana Díaz und Mirreya García versuchten zuvor verzweifelt, durch ihre Präsenz und ihren Protest die Verabschiedung des in weniger als 34 Stunden durch sämtliche Instanzen der beiden Parlamentskammern gepeitschten Gesetzes zu verhindern, mit dem die strikte Wahrung der Anonymität all derjenigen Militärs, Polizeiangehörigen und Geheimdienstmitglie-dern, die eventuell bereit sind, Informationen über den Verbleib der sterblichen Überreste der unter Pinochet verschwundenen Regimegegner beizusteuern, abgesichert werden soll.

Zehn Jahre nach dem formalen Ende des Militärregimes in Chile und dem Beginn der sogenannten Transición a la Democracia (des Übergangs zur Demokratie) erhofft sich die Mitte-Links-Koalition unter Ricardo

Lagos auf diese Weise, der traumatischsten Altlast, die Pinochet hinterlassen hat, dem ungeklärten Schicksal der Verhafteten-Verschwindenen, etwas von ihrer bleiernen, lähmenden Schwere zu nehmen. An keinem Thema lassen sich in diesen zehn Jahren die Abgründe und Gräben, die sich quer durch die chilenische Nachdiktators-Gesellschaft ziehen, so deutlich erkennen wie an der Menschenrechtsfrage.



Demonstration der Vereinigung der Familienangehörigen der Verhafteten-Verschwindenen mit ihrer 1999 verstorbenen Gründerin und Vorsitzenden Sola Sierra (Foto: Jürgen Schübelin)

Im Dezember 1989 hatte der Christdemokrat Patricio Aylwin die ersten freien Präsidentschaftswahlen nach 19 Jahren mit dem Versprechen gewonnen, den Familien der Verschwundenen zumindest die sterblichen Überreste ihrer Angehörigen zurück zu geben und die Wahrheit über die Ver-

brechen des staatsterroristischen Regimes der Generale aufzuklären. Aylwin scheiterte an der erbarmungslosen, undurchlässigen Mauer des Schweigens, mit der der Militärapparat die Reihen um die Mörder in Uniform geschlossen hielt.

Personifizierter Garant für den Bestand dieser Mauer war bis 1998 Augusto Pinochet, der für sich acht Jahre über das Ende seiner Präsidentschaft hinaus den Posten als Oberkommandierender des Heeres gesichert hatte. Die Mischung aus Personenkult, bedingungsloser Loyalität und einer Militärdoktrin, nach der der Mord an Zivilisten, Frauen, Kindern, Alten – nach dem Motto »Wo gehobelt wird, da fallen Späne« – eben ein unvermeidbarer Bestandteil der heiligen Mission gewesen ist, das Vaterland vor den Abgründen des Marxismus und der Versklavung durch die damalige Sowjetunion und ihren Vasallen Kuba zu bewahren, sorgte dafür, dass es von Seiten der Täter auch ein Vierteljahrhundert nach dem Massenmord nicht einmal die Andeutung einer Geste von Mitgefühl gab.

Aylwins Nachfolger, der glücklose, immer hölzernen und sozial völlig unsensibel wirkende Eduardo Frei Junior, hatte es ohnedies nie gewagt, Pinochet und den poderes facticos, also den tatsächlich Mächtigen im Land, die Stirn zu bieten. Die eher symbolischen Erfolge bei der Aufklärung und Ahndung von Menschenrechtsverbrechen, die in die Zeit von Freis Regierungsperiode (1994 – 2000) fielen, waren ausschließlich das Ergebnis jahrelanger Arbeit der chilenischen Menschenrechtsorganisationen und ihrer Anwälte – sowie eines ganz allmählichen Generationenwechsels in den Gerichten, wo die fossile Garde der Pinochet-Komplizen, Rechtsbeuger und Opportunisten nicht verhindern konnte, dass junge Richter mit einem dem Rechtsstaat verpflichteten Berufsethos begannen, das Dogma von der Straflosigkeit – also die wichtigste aller Bedingungen, die die Militärs ihren zivilen

Nachfolgern vor dem Beginn der transición aufgezwungen hatten, in Frage zu stellen.

1995 dann die erste spektakuläre Verurteilung: Der ehemalige Chef des berüchtigten Geheimdienstes DINA, General Contreras und sein Stellvertreter Espinoza, wurden wegen des Mordes an Allendes Außenminister Orlando Letelier und seiner Mitarbeiterin Ronnie Moffit nach einem unendlich mühsamen juristischen Tauziehen, das letztinstanzlich vom Obersten Gerichtshof entschieden wurde, zu acht, bzw. sieben Jahren Haft verurteilt.

Doch bei der Suche nach den Verschwundenen und der Aufklärung der fast 3500 Menschenrechtsverbrechen mit Todesfolge, die in Chile unter Pinochet begangen wurden und heute aktenkundig sind, kamen weder die Gerichte, geschweige denn die Regierung Frei mit ihrer Samthandschuhpolitik gegenüber dem uniformierten Machtapparat und seinen Verbündeten weiter.

Jedes Jahr im September, dem *mes de la patria* (Monat des Vaterlandes) wird der Jahrestag des Putsches von 1973 von den Angehörigen der Opfer und dem politischen Spektrum von Mitte-Links bis ganz Links, als Erinnerung an die größte Tragödie, die die Republik in ihrer 180jährigen Geschichte durchlitten hat, begangen, während seine Protagonisten, ob in Uniform oder Nadelstreifen, unbelehrbar sich und ihre Heldentat der Vaterlandsrettung zelebrieren lassen.

Auf den Straßen Santiagos, rund um den Zentralfriedhof im Stadtteil Recoleta und im Ring aus Armenvierteln, der die Hauptstadt umschließt, spielen sich Jahr für Jahr im September Bürgerkriegsszenen ab, die Belfast und Londonderry in den furchtbarsten Zeiten ebenbürtig sind. Jahr um Jahr kommen Menschen bei diesen Zusammenstößen zu Tode, Jahr um Jahr bedarf es Wochen, Monate, bis die Spuren der Straßenschlachten wieder aus dem Stadtbild getilgt wurden.



Auf den Straßen Santiagos, rund um den Zentralfriedhof im Stadtteil Recoleta und im Ring aus Armenvierteln, der die Hauptstadt umschließt...
(Foto: Jürgen Schübelin)

Der geniale Einfall der Regierung Frei und der Koalitionsparteien der *concertación*, einfach den gesetzlichen Feiertag des 11. Septembers – also des Putschjahrestages – abzuschaffen, in der Hoffnung, dann würde sich schon irgendwie der ersehnte Frieden im Land einstellen, erwies sich als frommer Wunsch.

Dennoch konnte sich Eduardo Frei vor diesem Hintergrund im August 1999 – elf Monate nach der Festnahme Pinochets durch die britische Polizei in London – nur zögerlich dazu durchringen, einer Initiative seines Verteidigungsministers Edmundo Pérez Yoma zuzustimmen, Generale der vier Waffengattungen, Menschenrechtsanwälte, die Katholische Kirche und die Regierung an einen Tisch zu bitten, um einen in Chile zuvor undenkbaaren Dialogprozess einzuleiten. Frei fürchtete nach all den juristischen und diplomatischen Blamagen, die seine Regierung bei den bis dato fehlgeschlagenen Rückholaktionen Pinochets aus seiner Lon-

doner Luxushaft eingefahren hatte, einen erneuten Flop – und weiteren Prestigeverlust für sich selbst.

Trotzdem lies er Pérez Yoma schließlich gewähren. Der brachte seine *mesa de diálogo* zusammen und machte schon bei der Eröffnungssitzung das Ziel der Operation deutlich: »Dieser Dialogprozess«, so Chiles Verteidigungsminister am 21. August 1999, »soll Dynamiken für eine Mithilfe bei der Wahrheitsfindung, der Suche nach Gerechtigkeit, der Wiedergutmachung und des Verzeihens freisetzen.« Das »kulturelle Gewebe« der chilenischen Gesellschaft, so Pérez Yoma in seiner Analyse, »hat Schaden genommen – und es bedarf eines Beweises von Kultur und Zivilisation, das Zusammenleben in unserem Land wieder möglich zu machen.« Dass die Grenzen für diese Kulturleistung ziemlich eng gesetzt waren, machte vor allem der Erzbischof von Santiago, Francisco Javier Errazuriz, immer wieder deutlich. Er sprach im Blick auf die Beratungen der

mesa von »der Anwendung der Gerechtigkeit im Rahmen des Möglichen« oder auch davon, »dass zuviel Gerechtigkeit am Ende ungerecht ist.«

Ein bisschen Gerechtigkeit also – und ein bisschen Wahrheit: Für die *mesa de diálogo* bedeutet das, sich auf das Minimalziel zu einigen, alle verfügbaren Informationen über den Verbleib der Verhafteten-Verschwundenen und ihrer Todesumstände zusammen zu tragen. Die Oberkommandierenden von Heer, Marine, Luftwaffe und Polizei verpflichteten sich im Juni 2000 schriftlich, in den eigenen Reihen und denen ihrer Ruheständler nachzuforschen, wer denn eventuell etwas an Information zu dieser Frage besteuern könnte? Geschützt werden alle, deren Erinnerung unter den veränderten Umständen plötzlich zurückkehren sollte, von dem bereits erwähnten Gesetz zur »Wahrung des Berufsgeheimnisses«, das die Regierung Lagos am 21. Juni durch das Parlament peitschte.

Der von der mesa vereinbarte Mechanismus zur Vergangenheitsbewältigung sieht vor, dass jede Waffengattung für sich die entsprechenden Informationen sammelt, bewertet und bearbeitet – und schließlich dem Staatspräsidenten übergibt, der – quasi als eine Art Notar fungierend – das gesamte Paket mit den zu Tage geförderten Rechercheergebnisse der Justiz aushändigen wird, die dann die entsprechenden Ausgrabungen und anthropoforensischen Untersuchungen anordnet.

Die Regierung mit den Parteien der *concertación*, aber auch die rechte Opposition im Parlament sowie nicht zuletzt die Militärs selbst versprechen sich von diesem *Procedere*, der Lösung des Verschwundenenproblems zumindest näher zu kommen. Politisch geht es allen Beteiligten darum, den Prozess der *transición*, des Übergangs in die Demokratie, für beendet erklären und sich definitiv in den Kreis der zivilisierten

Nationen dieser Erde – ohne Leichen im Keller – zurückmelden zu können.

Aus der Sicht der Angehörigen der Opfer ist der Preis, der für dieses hehre Ziel bezahlt werden muss, zu hoch. Sie sehen in dem *acuerdo* der mesa de diálogo das Ende ihrer über ein Vierteljahrhundert bewahrten Hoffnung, dass den Mördern in Uniform am Ende doch noch Gerechtigkeit widerfahre, für ein Linsengericht verschachert. Denn das plötzliche Auftauchen von Knochenfragmenten aus Massengräbern macht das einzige juristische Argument zunichte, mit es dem die Menschenrechtsanwälte verhindert haben, dass die Gerichte massenweise die zum Teil seit 27 Jahren anhängigen Verfahren um das Verschwindenlassen von Pinochetgegnern einstellen konnten: Das Argument, dass hier ein Tatbestand der Entführung vorliege!

Die Autoren der von Pinochet 1978 diktierten Generalamnestie für sich und die Seinen hatten so schlampig gearbeitet, dass sie das Delikt der Entführung in der Auflistung der amnestierten Verbrechen vergasen. Nun ist jedoch auch für Nichtjuristen einsichtig, dass dann, wenn ein Entführungsoffer erschossen aufgefunden wird, der Straftatbestand eines Mordes oder zumindest Totschlags vorliegt. Diese Verbrechen jedoch – sofern sie von Militärs gegen Zivilisten zwischen 1973 und 1978 begangen wurden – sind in Chile amnestiert. Eine Strafverfolgung findet nicht statt. Die Ermittlungsakte kann entsorgt werden.

Noch bitterer jedoch klingt es für die unter dem staatsterroristischen Regime Verfolgten, dass die mesa de diálogo nach neun Monaten ihre Mission besiegelte, ohne dass es von Seiten der Täter auch nur eine einzige Geste der Reue oder ein Eingeständnis von Schuld gegeben hätte. Ganz anders als der Bericht der sogenannten Comisión Rettig, die 1990/91 im Auftrag von Patricio Aylwin die erste systematische Auflistung der Menschenrechtsverbrechen unter Pinochet

präsentierte, spricht die mesa de diálogo in ihrem vierseitigen Abschlussdokument nicht mehr davon, dass Salvador Allende und die verfassungsmäßige Regierung Chiles am 11. September 1973 durch einen Militärputsch gestürzt wurden, nicht einmal mehr der von den Generälen so gern benutzte Begriff *pronunciamiento militar* (frei übersetzt: militärischer Eingriff) taucht auf, statt dessen ist feinsinnig »von den Ereignissen des 11. Septembers« die Rede, »die der Regierungszeit von Präsident Allende ein Ende setzten.« Verursacht wurden diese merkwürdigen Ereignisse laut mesa-Dokument, von einer »Spirale der politischen Gewalt, die in den sechziger Jahren ihren Anfang nahm«.

Und die Menschenrechtsverletzungen unter dem Militärregime werden nicht mehr als Machtmissbrauch eines terroristischen Systems verstanden, sie haben gemäss der Definition der mesa keinerlei systematischen Charakter, bilden nicht mehr Teil einer Herrschaftsstrategie zur Einschüchterung der Gesamtbevölkerung und physischen Eliminierung tatsächlicher oder vermeintlicher politischer Gegner. Das Dokument der Tafelritter identifiziert als die alleinigen Verantwortlichen für begangenen Menschenrechtsverbrechen »einzelne Agenten staatlicher Organisationen«, die – so die Formulierung von Präsident Ricardo Lagos – »in einem Moment der Verwirrung agierten«.

Heer, Marine, Luftwaffe und Polizei sind also nicht mehr als Institutionen in die Aktionen einzelner ihrer verwirrten Agenten involviert – und die politisch und militärisch Verantwortlichen im Pinochet-Staat können beruhigt dem revidierten Urteil der Geschichte entgegensehen.

Nur Pinochet selbst, der 84jährige Diktator im Ruhestand, Senator auf Lebenszeit und Capitán General-ehrenhalber, gehört nicht zu den Nutznießern der edlen Tafelrunde. Die unwiderrufliche Aufhebung seiner parlamentarischen Immunität am 1. August durch einen 14:6-Stimmen-Mehrheitsent-



...spielen sich Jahr für Jahr im September Bürgerkriegsszenen ab, die Belfast und Londonderry in den furchtbarsten Zeiten ebenbürtig sind.
(Foto: Jürgen Schübelin)

scheid des Obersten Gerichtshof Chiles konnten auch seine fanatischsten Anhänger nicht verhindern. Seit seiner triumphalen Rückkehr aus dem Londoner Hausarrest im März sind gegen ihn bislang 154 Strafanzeigen wegen der Anstiftung zum Mord und anderer schwerer Straftaten eingereicht worden. Und der Richter Juan Guzmán Tapia, der wegen des Verdachtes auf Mittäterschaft an 19 von der sogenannten Todeskarawane unter Arellano Stark begangenen »qualifizierten Entführungen« gegen Pinochet ermittelt, erreichte bereits erstinstanzlich am 23. Mai dieses Jahres ein spektakuläres Urteil des Berufungssgerichtes von Santiago, in dem Pinochet die Immunität als Senator aberkannt wurde.

Dass die Corte Suprema, der Oberste Gerichtshof Chiles, jetzt diese Entscheidung mit ihrem – nach handfesten internen Auseinandersetzungen ergangenen – Bescheid Urteil bestätigte, qualifizieren chilenische Menschenrechtsorganisationen mit Recht als historisches Ereignis, das allerdings erst als Konsequenz der Festnahme Pinochets durch die britische Justiz am 16. Oktober 1998 und die Prozessfolge um das spanische Auslieferungsverfahren möglich wurde.



Jahr um Jahr kommen Menschen dabei zu Tode.

(Foto: Jürgen Schübelin)

Zum ersten Mal in der Geschichte Chiles stehen jetzt theoretisch die Türen offen, um einen ehemaligen Staatschef wegen Verbrechen, die während seiner Diktatur und unter seiner Verantwortung begangen wurden, vor Gericht zu belangen.

Ob es am Ende jedoch tatsächlich zum Prozess gegen ihn kommt, steht bislang in den Sternen. Pinochets Anwälte sind bereits bestens auf notfalls jahrelang zu betreibende Verfahrensscharmützel und Verzögerungsfinten vorbereitet. Unter anderem wollen sie erreichen, dass der Alte mit einem medizinischen Gutachten – wie schon in London – nun auch in Chile für verhandlungsunfähig erklärt wird. Ob sich die Regierung der Concertación unter Ricardo Lagos angesichts des massiven Drucks aus den Streitkräften – und der offen ausgesprochenen Drohung verschiedener Heeresgeneräle, »all unsere Macht für den General in die Waagschale zu werfen« – doch noch auf ein Geschacher hinter den Kulissen einlässt, um dem 84-jährigen den Prozess (bei dem er übrigens nach chilenischem Recht nicht persönlich anwesend sein müsste) zu ersparen, ist unklar.

Und sollten tatsächlich am Ende – wider Erwarten – doch alle juristischen Fallstricke reißen, bleibt den Pinochet-Getreuen – aber auch dem Regierungslager – die begründete Hoffnung, dass sich das Problem in absehbarer Zeit durch eine pompöses Staatsbegräbnis von selbst erledigt.

»Wir brauchen mehr Jesus und mehr Marx«

FRANZ ALT interviewt MICHAEL GORBATSCHOW.

Herr Gorbatschow, als Präsident des Internationalen Grünen Kreuzes haben Sie angekündigt, eine »Charta für die Erde« zu veröffentlichen. Was ist der Inhalt?

Das werden die neuen zehn Gebote, das neue Testament der Ökologie. Wir haben die Erde überlastet und überfordert. Dies gilt für die ganze Natur – für den Boden, für die Luft und für das Wasser. Die wichtigste Aufgabe der Weltpolitik im neuen Jahrhundert ist die Bewahrung der Schöpfung. Die Zeit dafür ist knapp. Am wichtigsten ist dabei, dass die Menschen umdenken und »umhandeln«. Politik wird von allen Menschen beeinflusst – auch Umweltpolitik. Wenn den Menschen bewusst wird, was mit der Natur vor sich geht, werden sie entscheidenden Einfluss darauf nehmen, den Zerstörungsprozess zu stoppen. Die Erde kann auch ohne Menschen auskommen, aber wir Menschen nicht ohne die Erde. Wichtig ist auch ein Verbot aller Atomwaffen. Wir müssen sie ausrotten, sonst werden wir ausgerottet. Die Erdcharta soll das Gewissen der Menschheit schär-

fen. Dafür wollen wir alle politischen Philosophien und alle Religionen zusammenführen.

Soll Ihre Erdcharta ein Gegengewicht gegen die aktuelle Globalisierung der Wirtschaft bilden?

Die Wirtschaft tut alles, um noch mehr Profit zu bekommen. Sie muss aber auch lernen, in den Erhalt der Natur zu investieren. Wir dürfen die Wirtschaft aber nicht als Feind betrachten. Wir müssen viel mehr andere Wirtschaftsformen entwickeln, die sozial und ökologisch verträglich sind. Der Fundamentalismus der Globalisierer ist genauso gefährlich wie der islamische Fundamentalismus oder der kommunistische Fundamentalismus. Nur durch eine geistige Perestroika vieler Menschen werden wir Einfluss auf die Wirtschaft nehmen können, damit diese sozial und ökologisch arbeitet.

Kennen Sie eine politische Philosophie, welche eine ausschließlich profit-orientierte Globalisierung stoppen könnte?

Eine solche Philosophie der Verantwortlichkeit bildet sich gerade heraus. Diese

Philosophie ist mit dem Sozialdarwinismus nicht einverstanden, wonach die Starken überleben und die Schwachen untergehen werden. Die humanistische Philosophie meint, dass wir unsere Lebensweise ändern müssen und können. Dabei werden uns hauptsächlich die Religionen behilflich sein. Das Positive und Konstruktive aller Religionen kann bei der Transformation der konsumistischen Lebensweise helfen. Das meint auch der Papst.

Sie sagen, die sozialistischen Ideen werden nicht untergehen. Was sind für Sie heute sozialistische Ideen?

Die Zeit des klassischen Gegensatzes Kapitalismus und Kommunismus ist Vergangenheit. Wir brauchen im neuen Jahrhundert andere Werte, hauptsächlich Freiheit und die Fähigkeit, unvoreingenommen die Zukunft zu gestalten. Ohne Freiheit kann der Mensch kein Mensch sein. Ohne Freiheit gibt es keinen wirklichen Fortschritt. Aber der Staat muss regulieren, um die Natur zu schützen, die sozialen Probleme zu lösen und die Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern. Gerechtigkeit, Solidarität und Ökologie: Das verstehe ich heute unter sozialistischen Werten. Die Zeit ist reif für diese neuen, alten Werte.

Sie haben gesagt, die sozialistischen Ideen des Jesus von Nazareth werden Zukunft haben. Was meinen Sie damit?

Brüderlichkeit, Freiheit und Gerechtigkeit. Das sind die Werte von Jesus und Karl Marx. Beide wurden verkannt und falsch verstanden. Wir brauchen mehr Jesus und mehr wirklichen Karl Marx. Jesus und Marx sind die wichtigsten Ideengeber unserer Zeit. Wir sind nur Ausführende.

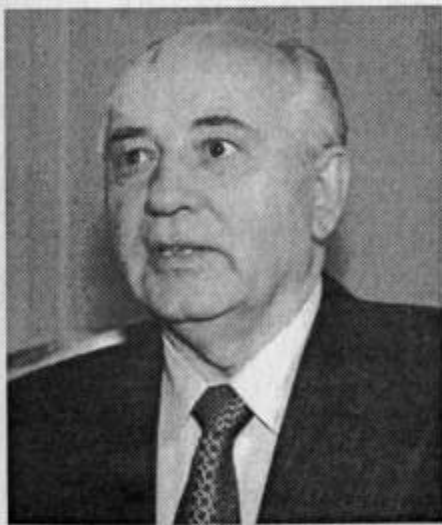
Sie sind dabei, eine neue sozialdemokratische Partei in Russland zu gründen. Wollen Sie deren Vorsitzender werden?

Das Fehlen einer starken sozialdemokratischen Partei ist schädlich für Russland. Wenn meine neuen Parteifreunde es wollen, dann bin ich bereit, den Vorsitz zu übernehmen. Ich stelle mich dieser Verantwortung.

Auch die internationale Sozialdemokratie ist an einer starken russischen sozialdemokratischen Partei interessiert. Zudem spüre ich bei meinen Auftritten im ganzen Land, dass die Zeit dafür reif ist. Ich bekomme Unterstützung aus der gesamten Gesellschaft, von Arbeitern und Unternehmern, von seriösen Bankern und Ingenieuren, von jungen und von alten Menschen. Dabei weiß

ich, dass mein neuer Weg alles andere als einfach sein wird.

Aus Publik-Forum, Zeitung kritischer Christen, Oberursel, Ausgabe Nr. 5/2000



„Brüderlichkeit, Freiheit und Gerechtigkeit. Das sind die Werte von Jesus und Karl Marx. Beide wurden verkannt und falsch verstanden.“

Von Skeletten im Schrank des Theologen Ernst Troeltsch

VON BRIAN D'AGOSTINO.

BRIAN D'AGOSTINO ist Ehemann von CONSTANCE (»Conny«) L. BENSON, einer prominenten Religiösen Sozialistin aus New York. Seit Jahren führt sie ihren Kampf gegen die Columbia-Universität, die ihre Doktorarbeit über den Theologen Ernst Troeltsch nicht angenommen hat. Conny führt das darauf zurück, dass sie im Werk des Theologen reaktionäre, rassistische und antisemitische Tendenzen aufgedeckt hat, die die theologische Fakultät nicht wahrhaben möchte. Die Doktorarbeit ist inzwischen unter dem Titel »God and Caesar« als Buch erschienen.

New York, 18. März 2000. Constance L. Benson, Autorin des umstrittenen Buches *God and Caesar*, hat der Verwaltung der Columbia-Universität deutlich nachgewiesen, dass die Abstimmungsregeln des Promotions-Ausschusses geändert wurden mit dem Ziel, ihr den Dokortitel zu verweigern. Bensons Untersuchung entdeckte reaktionäre, rassistische und antisemitische Skelette im Schrank des hervorragenden evangelischen Theologen Ernst Troeltsch (1865-1923).



Udo Fleige, Conny Benson und Brian D'Agostino (v.l.n.r.)

In einem Brief, datiert vom 16. März 2000, fasste Dekanin (Associate Dean) Beatrice Terrien-Sommerville die Verteidigung Troeltschs durch einige Mitglieder des Ausschusses zusammen, ohne auf Bensons Einwände bezüglich der Regeln einzugehen: Benson hatte im April 1998 bei einem Treffen mit Prof. Robert Sommerville – dem damals neuen Vorsitzenden der Theologischen Fakultät der Columbia-Universität – um Einberufung eines Promotionsausschusses gebeten. Weniger als 5 Monate später veröffentlichte das Büro der Dekanin Terrien-Sommerville neue Regeln, die zum Nachteil der Kandidatin geändert worden waren.

Der Promotionsausschuss von Columbia besteht normalerweise aus fünf ProfessorInnen. Nach den alten Regeln entscheidet der Ausschuss durch ein 3-zu-5-Votum, und die Dekanin hat das Recht, Abstimmungen zu überprüfen, die nicht einstimmig oder fast einstimmig waren. Dieselben Abstimmungsregeln gelten auch für »Extra-Muros«-Ausschüsse, die sich aus sieben Mitgliedern zusammensetzen und die dann entscheiden, wenn die Untersuchung der Kandidatin schon publiziert worden ist.

Benson stellte ihr Buch *God and Caesar* am 24. Februar 2000 einem Extra-Muros-Komitee vor, das ihr mit 4 zu 3 Stimmen den Doktor-Titel verlieh. Benson wurde dann informiert, dass sie durchgefallen sei, weil nach den Regeln, die im August 1998 herausgekommen waren, mehr als zwei Gegenstimmen automatisch ein Durchfallen bedeuten, ohne weitere Prüfung durch den Dekan bzw. die Dekanin.

Benson informierte die Universität, dass die Regeländerung fast fünf Monate nach ihrer Beantragung des Extra-Muros-Komitees bei Professor Sommerville erfolgt war und niemals ordnungsgemäß von dem zuständigen Gremium (Executive Committee of Columbia's Graduate School) verabschiedet worden waren.

In ihrem Brief vom 16. März 2000 ignorierte Dekanin Terrien-Sommerville, Ehefrau von Prof. Robert Sommerville, Bensons Fragen, warum die Regeln im August 1998 geändert wurden und wie neue Regeln angewandt werden können, wenn sie niemals genehmigt wurden.

»Ich schrieb an Dekan Macagno wegen dieser Unstimmigkeiten, mit Durchschlägen an Provost Cole und President Rupp«, sagte Benson. »Jedoch, sie wuschen ihre Hände in Unschuld, indem Dekan Macagno Dekanin Terrien-Sommerville bat, meinen Brief zu beantworten. Es sieht so aus, als ob ich meinen Doktor-Grad von einer Einrichtung mit mehr akademischer Integrität als Columbia bekommen muss«.

Kontakt: Brian D'Agostino, Ph.D. / 360 Riverside Dr., #4D / New York, NY 10025 / Tel. 212-864-1159 / E-Mail panthers@igc.org

JUBILÄUMSFEIER

75 Jahre BRSD

Vom 27. April bis 1. Mai 2001 feiert der Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands sein 75-jähriges Bestehen auf dem Hainstein in Eisenach, der Wirkungsstätte von Emil Fuchs.

Den Auftakt macht am Freitag u.a. ein Festvortrag von Ulrich Peter, das Programm mit Bibelarbeiten und Kultur am Samstag schließt mit großer Jubiläumsfeier ab.

Am Sonntag und Montag findet eine Zukunftswerkstatt »Zum Sozialismus motivieren« statt. Den Abschluss bildet die Maikundgebung am Dienstag.

Unterkunft und Verpflegung kosten bei Teilnahme am gesamten Programm 300 bis 420 Mark, Ermäßigungen sind bei Bedarf möglich.

Alle weiteren Informationen gibt Martina Ludwig (siehe Heftrückseite).

Der zornige Gott — der liebende Gott Altes gegen Neues Testament?

CHRISTIANE MÜLLER gibt einen Überblick über die Bedeutung des Alten Testaments für das Verhältnis von Juden- und Christentum

Ablehnung des Alten Testaments

Das Alte Testament erfuhr in der Geschichte des Christentums immer wieder Ablehnung. Von Marcion, der im 2. Jh. lebte, bis zu den »Deutschen Christen« im »Dritten Reich« reichte die Reihe derer, die das Buch als zu jüdisch ablehnten:

Marcion erkannte aus dem Alten Testament nur einen zornigen, rächenden Gott, der nichts könne als vergelten. Dagegen gebe das Neue Testament Zeugnis von dem wahren, liebenden Gott, der in Christus den Menschen offenbar geworden sei. Zuvor habe niemand diesen Gott gekannt. Das Alte Testament als Offenbarungsbuch des schrecklichen Judengottes wird von ihm verworfen.

Die Deutschen Christen forderten, dass sich die Kirche freimache »von allem Un-deutschen im Gottesdienst«, insbesondere »vom Alten Testament mit seiner jüdischen Lohnmoral.« Religionsunterricht in national-sozialistischem Geist sollte ohne Altes Testament auskommen.

Die Antwort an Theologen und Schriftgelehrte



Die Juden sind unser Unglück!

Das Alte Testament in der antisemitischen Propaganda des »Stürmer« (1936)

Mit zwar anderer Absicht, aber unter Aufnahme der alten Argumente, tragen auch heute manche Autoren Vorbehalte gegen das Alte Testament weiter: Der Journalist Franz Alt (»Jesus, der erste neue Mann«) sieht im Alten Testament ein Buch, das von einem Gott berichtet, der den Menschen in despotischer Weise Regeln auferlegt und

blinden Gehorsam fordert. Von dieser dunklen Negativfolie hebt er das Wirken Jesu ab. Die Psychologin Hanna Wolff nimmt in ihrem Buch »Neuer Wein - Alte Schläuche« die Sicht Marcions zustimmend auf.

So meinen viele, dass im Alten Testament von einem Gott die Rede ist,

- der viele Gesetze gibt und dann blinden Gehorsam fordert,
- der »eifersüchtig« ist und die Sünde der Menschen ohne Gnade heimsucht,
- der Kriege führt und die Besiegten nicht schonen will.

Dagegen würde das Neue Testament dieses Bild richtig stellen: Statt des zornigen, ferneren Gottes erfahren wir den nahen, liebenden Gott Jesu Christi.

Altes und Neues Testament gehören zusammen

Diese Sichtweise stellt uns vor folgende Probleme:

- Zwei Drittel der Bibel würden ein falsches und nur ein Drittel der Bibel ein richtiges Bild von Gott und seinem Willen vermitteln.
- Wir müssten selbstmächtig entscheiden, was wir aus dem Alten Testament beibehalten, was uns »passt« und was nicht. Denn nirgends im Neuen Testament finden wir einen Hinweis darauf, dass wir das Gottesbild des Alten Testaments ganz oder teilweise ändern sollen.
- Die Kunde vom »wahren« Gott hätte ihren Anfang im Neuen Testament. Doch das widerspricht unserem Glauben an Gott, den Schöpfer, der vom Beginn der Schöpfung den Weg mit seinen Menschen und seinem Volk und geht, wie es das Alte Testament bezeugt.

- Die Zuordnung Altes Testament – zorniger Gott bzw. Neues Testament – liebender Gott vermittelt ein falsches Verhältnis von Juden- und Christentum. Es entsteht der Eindruck, dass Juden nur Kenntnis von dem zornigen Gott hätten und als läge hier der Hauptunterschied zwischen den beiden Religionen. Christen wären dann durch Jesu Botschaft und das Neue Testament allein im Besitz des Wissens um den wahren Gott.

Dagegen hat die Kirche immer am Alten Testament festgehalten. Sie hat diesen Teil der Heiligen Schrift als eine erste und unüberholbare Quelle der Offenbarung des einen Gottes angesehen. Altes und Neues Testament gehören untrennbar zusammen.

Das Alte Testament, die Heilige Schrift Jesu

Die Schrift des »Alten« Testaments war die Bibel Jesu und die Grundlage der ersten christlichen Gemeinden. Nach dem Evangelisten Matthäus warnt Jesus vor einem leichtfertigen Umgang mit der Schrift:

»Meinet nicht, dass ich gekommen sei, das Gesetz oder die Propheten aufzulösen... Denn wahrlich ich sage euch: Bis der Himmel und die Erde vergehen, wird nicht ein einziges Jota oder Strichlein vom Gesetz vergehen, bis alles geschehen ist... Wer nun eins dieser kleinsten Gebote auflöst und die Menschen so lehrt, wird der kleinste heißen im Reich der Himmel« (Matthäus 5,17-19).

Als Jesus nach dem höchsten und wichtigsten Gebot gefragt wird, antwortet er mit dem »Höre Israel«, dem zentralen Gebot aus dem Alten Testament (Markus 12,28ff).

Christen erhalten durch das Neue Testament Zugang zum Alten Testament. Umgekehrt erschließt sich aber die Botschaft des Neuen Testaments nur durch Lesen und Studium des Alten Testaments. Hier kann

gemeinsames Studium mit Juden sehr bereichern, indem es ein neues Verständnis des Alten Testaments eröffnet.

Im Alten wie im Neuen Testament begegnet uns der gnädige Gott

Juden, die ihren Glauben in der Heiligen Schrift des Alten Testaments gründen, sind nicht despotisch auferlegten Gesetzen und einem richtenden Gott ausgeliefert, sondern leben – wie Christen – vom Vertrauen auf die Gnade und die Barmherzigkeit Gottes. Dies entspricht der in der Bibel beider Testamente zu findenden Bewegung, mit der Gott seine Güte den Anforderungen an die Menschen vorausgehen lässt. Zuerst schließt Gott den Bund mit seinem Volk, dann erst gibt er durch Mose seine Gebote. Zuerst schenkt Gott seinem Volk die Freiheit, dann erst stellt er seine Forderungen. Daher werden die 10 Gebote mit Gottes Worten eingeführt: »Ich bin der Herr, dein Gott, der ich dich aus dem Lande Ägypten aus dem Sklavenhause, heräusgeführt habe« (2. Mose 20,2).

Der Gott, der die Freiheit seines Volkes ermöglicht, gibt Gebote. Sie sind Weisungen zu gelingendem Leben in der geschenkten Freiheit. Der Kreis der jüdischen Feste bringt dies deutlich zum Ausdruck: Gottes

Gnade und Treue geht seinen Forderungen immer voraus und ermöglicht die Umkehr des Menschen.

Die Propheten weisen mit großer Deutlichkeit auf die Folgen menschlichen Handelns hin. Sie stellen das Tun Israels konsequent unter das Urteil Gottes. Missachtung des Willens Gottes zieht Gottes Gericht nach sich.

Uns erscheint dieser Gedanke oft fremd. Das Bild des richtenden Gottes entsteht. Im

Alten Testament ist jedoch menschliches und göttliches Handeln sehr viel mehr miteinander verwoben als wir das heute zu denken gewohnt sind.

Dennoch ist nach dem Alten Testament Gott nicht an Gericht und Strafe gelegen, sondern am Leben der Menschen. »So wahr ich lebe, spricht Gott der Herr, ich habe nicht Wohlgefallen am Tode des Gottlosen, sondern daran, dass sich der Gottlose von seinem Wandel bekehre und am Leben bleibe« (Ezechiel 33,11).

Am Leben bleiben – in seinem ganzen und umfassenden Sinn – das ist das Grundanliegen

des Gottes Israels für sein Volk und für alle Menschen. Eine alte jüdische Legende erzählt:

»Als Gott seine Schöpfung vorbedachte und sie vor sich auf einen Stein hinritzte, wie ein Baumeister sich den Grundriss zeichnet, sah er, dass die Welt keinen Bestand haben würde. Da schuf er die Umkehr. Und nun hatte die

»Ich spüre immer wieder, wie alttestamentlich ich empfinde... Nur, wenn man die Unaussprechlichkeit des Namens Gottes kennt, darf man auch einmal den Namen Jesu Christi aussprechen; nur wenn man das Leben und die Erde so liebt, dass mit ihr alles verloren und zu Ende zu sein scheint, darf man an die Auferstehung der Toten und eine neue Welt glauben; nur wenn man das Gesetz Gottes über sich gelten lässt, darf man wohl auch einmal von Gnade sprechen, und nur wenn der Zorn und die Rache Gottes über seine Feinde als gültige Wirklichkeit stehen bleiben, kann von Vergebung und Feindesliebe etwas unser Herz berühren. Wer zu schnell und zu direkt neutestamentlich sein oder empfinden will, ist m.E. kein Christ.«

Dietrich Bonhoeffer

Welt Bestand, denn nun war ihr die Rettung erschlossen.»

Zudem weiß das Alte Testament davon, dass sich – noch vor der Umkehr des Menschen – das Herz Gottes umkehrt und Gottes Gnade groß ist: »Mein Herz kehrt sich um in mir, all mein Mitleid ist entbrannt. ... Denn Gott bin ich und nicht ein Mensch, heilig in deiner Mitte, doch nicht ein Vertilger« (Hosea 11,8f).

Im Alten und im Neuen Testament tritt uns ein und derselbe Gott gegenüber, der den umkehrwilligen Menschen gnädig annimmt. So heißt es in einem jüdischen Gebet:

»Du ernährst die Lebenden mit Gnade, belebst die Toten in großem Erbarmen, stützt die Fallenden, heilst die Kranken, befreist die Gefesselten und hältst die Treue denen, die im Staube schlafen. ... Wer ist wie du, Vater des Erbarmens, der Du Deiner Geschöpfe gedenkst in Erbarmen.«

Ein rächender Gott?

Gott verbürgt das Lebensrecht aller Menschen. Rachegefühle sind nicht zu dulden. Das bringt eine Legende zum Ausdruck, die mit dem jüdischen Passahfest verbunden ist. Am siebten Tag des Festes, das den Auszug aus Ägypten feiert, wird an den Durchzug durch das Schilfmeer erinnert. In der Synagoge wird nur das halbe Hallelgebet (Lobpsalmen) gesagt. Denn als die Engel ein Siegeslied über die Niederlage der Ägypter anstimmen wollten, hatte Gott sie gerügt: »Meine Geschöpfe... ertrinken im Meer und ihr singt ein Lied?« So soll auch die Freude der Gemeinde an diesem Tag gedämpft sein. Die Gebrochenheit der Erfahrung, die zwar Freiheit für die einen, aber den Tod für die anderen bedeutete, wird nicht übergangen.

Gottes Anspruch

Gott will das Leben seiner Geschöpfe. In diesem Zusammenhang sprechen beide Testamente auch von dem richtenden und zornigen Gott. Paulus sagt:

»Wir müssen alle vor dem Richterstuhl Christi offenbar werden, damit jeder empfangt, je nachdem er im Leibe gehandelt hat, es sei gut oder böse.«

Matthäus formuliert dies so: »Ich sage euch, dass die Menschen von jedem unrechten Worte, das sie reden, am Tage des Gerichtes werden Rechenschaft geben müssen« (Mt 12,36). Im 25. Kapitel des Matthäusevangeliums wird uns eine Szene vor Augen geführt, in der Menschen und ganze Völker nach ihrem Tun gerichtet werden. Selbstverständlich ist den Verfassern des Neuen Testaments der Zorn Gottes gegenwärtig. Deshalb bezeichnet Paulus Jesus als »unseren Retter vor dem zukünftigen Zorn« (1. Thessalonicherbrief 1,10).

In beiden Testamenten machen Bilder vom Zorn und Gericht Gottes seinen Anspruch an die Menschen deutlich. Wir wissen aber auch aus beiden Testamenten von der stets gegebenen Möglichkeit der Umkehr, die Gott in seiner Gnade schenkt.

Literaturhinweise

- Chr. Dohmen (Hrsg.), Eine Bibel – zwei Testamente, Paderborn 1995
H. D. Preuß, Das Alte Testament in christlicher Predigt, Stuttgart 1984
E. Zenger, Das Erste Testament. Die jüdische Bibel und die Christen, 4. Aufl. Düsseldorf 1994

Dieser Text entstand im Zusammenhang des Schwerpunktthemas »Christen und Juden« der Landessynode der Evang.-Luth. Kirche in Bayern im Arbeitsjahr 1997/98. Er gehört zu einer Serie von 6 Faltblättern, die im Auftrag von »Begegnung von Christen und Juden, Verein zur Förderung des christlich-jüdischen Gesprächs in der Evang.-Lutherischen Kirche in Bayern e.V.« erarbeitet wurde von Wolfgang Kraus, Christiane Müller, Martin Rothgangel und Vera Utzschneider. Die Faltblätter sind erhältlich beim Freimund-Verlag, Ringstraße 15, 91564 Neuendettelsau. Eine überarbeitete Neuauflage wird zur Zeit vorbereitet.

Christlicher und jüdischer Glaube – Zwei Wege zum Heil?

Tübinger Stimmen und Stimmungen zur Kontroverse um »Judenmission«

VON HARRY WASSMANN.

»Den Juden als Feind lieben«

Bis heute schlägt ein Studientag in Tübingen Wellen, der am 14. Dezember 1999 stattfand, und zu dem die Evangelisch Theologische Fakultät der Universität Tübingen eingeladen hatte: Christlicher und jüdischer Glaube – Zwei Wege zum Heil?

Planung und Gestaltung des Tages lagen in der Verantwortung der studentischen Vertretung an der Fakultät. Die studentischen Vertreter hatten die Presse eingeladen mit dem ausdrücklichen Hinweis, der Studientag behandle ein Thema, das in den evangelischen Landeskirchen im Moment von aktueller Brisanz ist. Beim Studientag entstand für Gäste der Eindruck, Studieren und Lehren geschieht in Kreisen der Evangelisch-theologischen Fakultät israelvergessen. Kritik wurde laut, es sei ohne Juden über Juden geredet worden. Die Äußerung, dass man den Juden als Feind lieben solle (Prof. Slenczka) und die Rede von getauften Psalmen (Prof. Hofius), erregten Anstoß. Befremden löste auch die Einladung von entschlossenen

Judenmissionaren aus, wogegen schon im Vorfeld einige Professoren erfolglos protestiert hatten. Als Gäste waren außerdem Prof. Klappert (Wuppertal) und Prof. Wengst (Böchl) eingeladen.

Sollen Christen Juden missionieren?

Die Frage, ob Christen Juden missionieren sollen, damit auch sie durch die Taufe zu Christus und zum Heil Gottes kommen, ist in der evangelischen Kirche nicht ganz zufällig erst seit der deutschen Wiedervereinigung verbreitet aufgebrochen. Zuletzt auf dem Stuttgarter Kirchentag (1999), wo Gruppen massiv für Judenmission votiert haben (darunter auch Altlandesbischof Theo Sorg).

Die Arbeitsgemeinschaft Juden und Christen hatte sich für diesen Kirchentag alle anderen Veranstaltungen versagt und sich ganz auf die Begründung eines Neins zur Judenmission konzentriert, denn ein Ja

zur Judenmission zerstört die Bedingungen des Dialogs mit jüdischen Gesprächspartnern. Die Befürworter der Judenmission hat das nicht beeindruckt. Eher war in Stuttgart eine Jetzt-erst-recht!-Haltung zu spüren. Wie Judenmission unter heranwachsenden TheologInnen diskutiert wird, wie sich eine Evangelisch-theologische Fakultät über diese Frage weltweit und wie in der Tübinger Öffentlichkeit darüber diskutiert wurde, wirft ein Schlaglicht auf die derzeitige Gemütslage im deutschen Protestantismus.

Für Professor Klappert war der Weg nach Tübingen auch eine Rückkehr an die Stätte seines verstorbenen Lehrers Professor Otto Michel, dem Begründer des Instituts Judaicum und Wegbereiter des jüdisch-christlichen Dialoges an der Tübinger Fakultät. Prof. Klappert verlas eine Erklärung von Otto Michel aus dem Jahre 1986, in der er sich den Beschlüssen der Rheinischen Synode von 1980 verpflichtet hatte, die von der bleibenden Erwählung Israels sprechen

Prof. Dr. Otto Michel

Tübingen, den 9. 11. 1986
(Der Tag der Katastrophe)

Erklärung

Als Glied der Bekennenden Kirche (rote Karte), ausgerichtet durch Julius Schniewind, Ernst Wolf und Dietrich Bonhoeffer erkläre ich ausdrücklich, daß ich die Rheinischen Beschlüsse über das Verhältnis von Kirche und Judentum für mich als verbindlich erachte. Sie sind ein Teil meines Glaubens, meiner Lehre und meiner Verkündigung. Eine entsprechende Erklärung ist heute freiwillig an den Dekan meiner Fakultät Professor Dr. Poltmann mündlich erfolgt. Diese Erklärung gilt im Rahmen der für mich verbindlichen Theologie von Hans-Joachim Kraus und Berthold Klappert.

Otto Michel

Otto Michel stand in enger Beziehung zu dem Landesrabbinen Dr. Bloch (Stuttgart) und zu dem damaligen Landesrabbinen und Leo-Baeck-Schüler RR Geis. Letzterer hat bei Michels in der Wohnung gewohnt. Beide wurden von Michel des öfteren an die Tübinger Fakultät eingeladen. Kraus war eng befreundet mit RR Geis und Mitbegründer der AG beim Deutschen Evang. Kirchentag, der sich 1961 eindeutig von der Judenmission abwandte!

und von einem demütigen Hören auf die Traditionen Israels inspiriert sind.

In den 50er und 60er Jahren waren Otto Michels Institut und die Fakultät weit über die Landesgrenzen hinaus für Begegnung und Dialog mit dem gegenwärtigen Judentum bekannt. Umso mehr war Prof. Klappert über die heutige Israelfremde hiesiger Studenten und Professoren bestürzt. Das brachte er in einem Presse-Gespräch mit dem Schwäbischen Tagblatt zum Ausdruck.

»Oh, ihr Heuchler, ihr Pharisäer«

Die StudentInnen wollten diese Zeitungskritik nicht auf sich sitzen lassen und schrieben an den Landesrabbinen Dr. Berger.

Der Landesrabbinen antwortete am 31.12.1999 öffentlich:

»Das Thema des Studientages hieß, so berichten Sie mir, »Christlicher und Jüdischer Glaube – Zwei Wege zum Heil?« Das Fragezeichen belehrt mich darüber, dass Sie durchaus bezweifeln, dass auch ich als Jude zum Heil gelangen könnte (ich nehme nicht an, dass auf dem evangelischen Studientag der christliche Weg zum Heil in Frage gestellt werden sollte).

Sodann erfahre ich, dass es deutlich unter-

schiedliche Positionen auf dem Studientag gegeben habe: »zu einem Dialog«, so schreiben Sie, gehöre aber, »dass beide Seiten zu Wort kommen dürfen«. Gespannt auf die Teilnehmerliste finde ich dort als Referenten christliche Theologen, darunter von mir hoch geschätzte Professoren, einen Vertreter des Evangeliums-dienstes für Israel, dessen erklärtes Ziel die Missionierung von Juden ist, und einen so genannten »messianischen Juden«, ein eifriger Missionar, der vor allem jüdische Emigranten aus der Sowjetunion zum Christentum bekehren will. Also christliche Theologen und Judenmissionare: Sind das die »beiden Seiten« Ihres »Dialogs« zwischen »christlichem und jüdischem Glauben«?

Dann ist es nur folgerichtig, wenn Sie außer Juden auch Psalmen taufen, und es ist wenig erstaunlich, wenn Sie Juden als Ihre Feinde lieben. Juden als Juden sind in diesem Dialog offenbar keine Gesprächspartner. Hier drängt sich mir Ihr neutestamentarischer, nicht gerade von christlicher Nächstenliebe geprägter Anspruch auf: »Oh, ihr Heuchler, ihr Pharisäer.«

Das christlich-jüdische Gespräch ohne Juden ist mir bestens bekannt: Die mit teilweise aggressiven Strategien operierenden Missionare in den Wohnheimen, in denen jüdische Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion wohnen, pflegen diese Art des Gesprächs. Selbst mit einiger Erfahrung im christlich-jüdischen Dialog war ich schon erstaunt, dass Theologen und Theologinnen nach den abgelaufenen »ruhmreichen« 2000 Jahren des Christentums (Kreuzzüge, Inquisition, Pogrome, Hostienschändungslegenden, Ritualmordanklagen, Luthers späte Schriften, um nur einige »Rosinen« herauszupicken) das neue Millennium mit solch einer Tagung als Ouvertüre eröffnen wollen. Ich fürchte, Herr Professor Klappert hat Recht: Viele in Württemberg scheinen den Dialog mit Juden nicht zu wollen. Damit könnte ich jedoch leben. Schlimmer ist: Viele in der württembergischen Landeskirche suchen das »Gespräch« um Juden dem Juden-

tum zu entreißen. Das können und werden wir nicht unwidersprochen hinnehmen.«

Bis heute gab es keinerlei öffentliche Reaktion – weder von studentischer noch professoraler Seite – auf diesen Brief des Landesrabbiners. Nach der Lektüre des Readers zum Studientag und aktueller Veröffentlichungen Tübinger Theologen (Stuhlmacher, Wendebourg, Jüngel, Neuendörfer u.a.) kam das Schwäbische Tagblatt zur Einschätzung: »Tübingen ist seit langem eine Theorie-Hochburg der Judenmission«.

Hinter Lessing zurückgefallen?

Die kirchliche und insbesondere die nicht-kirchliche Öffentlichkeit reagierte mit empörter Ablehnung auf das Ansinnen »Judenmission«. Eine Leserbriefflut füllte tagelang die Spalten der Tageszeitung. Wo bleibt die Toleranz für Andere? Haben die Theologen nicht einmal mehr Lessings Ringparabel im Sinn? Katholiken (Laien wie Professoren, Priester wie Ordensschwwestern und PastoralreferentInnen) wunderten sich, was da im evangelischen Württemberg theologisch ausgebrütet wird.

Prof. Groß erklärte: »Judenmission ist bei uns (Katholiken) kein Thema« und verwies darauf, dass seit dem II. Vatikanum das Vorhaben Judenmission theologisch vorbei sei.

Am 12.1.2000 meldeten sich schließlich drei evangelische Theologieprofessoren zu Wort: Prof. Bernd Janowski, Prof. Hermann Lichtenberger und Prof. Stefan Schreiner. Sie erklärten öffentlich ihr Nein zur Judenmission und ihre Kritik am Verlauf des Studientages: »Judenmission, in welchem Gewand auch immer sie daherkommt, lehnen wir ab, ohne Wenn und Aber, aus exegetisch-theologischen Gründen eben so wie aus his-

torischen und moralischen. Der Versuch von Heiden(christen), das Volk Gottes zu missionieren, ist ein aberwitziges Unterfangen, das in den kanonischen Schriften der Kirche keinerlei Rechtfertigung hat. Das Judentum ist keine defizitäre Religion; es ist dies heute ebenso wenig, wie es dies je war. Jüdisches Selbstverständnis lebt von der gottgeschenkten Heilsgewissheit, »dass ganz Israel an der zukünftigen Welt Anteil hat« (Mischna, Traktat Sanhedrin, Kapitel 10). Nur menschliche Hybris kann diese Heilsgewissheit bestreiten. [...]

Juden und Christen sind je auf ihre Weise zu Zeugen des Einen Gottes »in unserer Welt berufen«. Wenn Christen dieses Zeugnis mit den Psalmen der hebräischen Bibel ablegen, rezitieren sie keine »getauften Psalmen«, sondern stimmen ein in das Gotteslob Israels, in das Bekenntnis zu dem Einen Gott. [...] Im Blick auf die bevorstehende Frühjahrssynode der württembergischen Landeskirche, die sich unter anderem das Thema Judenmission auf die Tagesordnung gesetzt hat, bleibt uns nur die Hoffnung, dass sie über genügend theologische Weisheit, Einsicht und Mut verfügt, mit einer klaren Absage an die Judenmission ein deutliches Zeichen der metanoia, der Buße und des Umdenkens zu setzen, um nach Jahrhunderten der »Vergegnung«, wie Martin Buber sagte, zu einer Begegnung von Christen und Juden zu kommen und einen Neuanfang des Gesprächs zwischen ihnen zu ermöglichen.«

Für ihr offenes Wort werden die drei in der Fakultät bis heute von Kollegen und Studierenden gescholten. Die vom Landesbischof erbetene Stellungnahme der Fakultät (vom 23. Februar 2000) zum Verhältnis von Juden und Christen spricht denn auch eine ganz andere Sprache. Spitzfindig wird darin lediglich vom Verzicht des Begriffs (!) Judenmission gesprochen: Der Begriff Judenmission ist so belastet, dass er die Verständigung erschwert. Deshalb sollte auf ihn verzichtet werden. Und die Praxis? Das Osterevangelium, so das Votum der Fakul-

tät, sei allen Menschen zu bezeugen auch in der heutigen Begegnung mit Juden. »Christen bezeugen in Wort und Tat die Wahrheit des Evangeliums Juden und Heiden.«

Statt Mission Evangelisation? Mehr als nur eine neue Sprachregelung? Weiter im Text: »Das schließt den Respekt vor dem Selbstverständnis Israels ein, im ungekündigten Bund zu leben und in ihm das Heil zu erfahren. Absage an Judenmission oder subtiles Aberkennen der bleibenden Erwählung Israels nach der Art: Wir anerkennen euer(!) jüdisches Selbstverständnis im ungekündigten Bund zu leben. Wir Christen denken aber freilich...«.

Das Wort der Fakultät bleibt uneindeutig und widersprüchlich. Es ist offenbar auch immer wieder die Kunst akademischer Theologie, auf leisen Sohlen schier unbemerkt die Positionen zu wechseln. Allerdings kann wird man sie auch hin und wieder an ihren Früchtchen erkennen: Israelmissionswillige Evangelikale haben sich in der Landessynode im April für ihre Vorbehalte gegen ein Nein zur Judenmission prompt auf die Fakultätsstellungnahme berufen.

Nachbeben

Eine öffentliche Kontroverse zwischen Theologieprofessoren um ein Für und Wider war und ist in Tübingen noch immer nicht möglich. Auch die drei mit ihrem klaren Nein zur Judenmission schweigen seitdem in der Öffentlichkeit. Der Streit wird hinter verschlossenen Türen fortgesetzt.

Zur geplanten Tagblatt-Podiumsdiskussion sagten alle angefragten evangelischen Theologieprofessoren ab. Die Studierenden lehnten das Gesprächsangebot des Tagblatt-Autors Kurt Oesterle sowie jüdischer Gemeindeglieder ab. Sie reagierten weder auf den offenen Brief von Landesrabbiner Berger noch auf die Erklärung ihrer Professoren. Man hört, universitäre Einrichtungen im

In- und Ausland hätten nur auf Grund des klaren Neins der drei zur Judenmission, die Kontakte nicht abgebrochen. Der diesjährige Leopold-Lucas-Preisträger Richard von Weizsäcker äußerte anlässlich der Preisverleihung (16. 5. 2000), es stünde Christen nicht an, Juden auf Jesus anzusprechen.

Die Kritisierten hüllen sich zwar in Schweigen, aber sie sind deswegen nicht untätig. Sie streuen da und dort ihre Verletztheiten aus und hoffen auf publizistische und kirchenamtliche Schützenhilfe. Nicht ohne Resonanz. Auch in der Landessynode brach der Zwiespalt offen zu Tage. Zwar lehnte man in der in einigen Passagen sehr beachtenswerten Erklärung (6. 4. 2000) den Begriff der Judenmission ab, eine klare Absage der Praxis der Judenmission fand dagegen nur eine knappe Mehrheit (39 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen). Anträge in der Synode zur Förderung judenmissionarischer Werke wie dem edi (Evangeliumsdienst in Israel) folgten auf dem Fuß (7. 4. 2000). Vor allem eine kleine Gruppe von Judenchristen, die sich als »messianische Juden« titulierte, dient unter der Überschrift Juden für Jesus (idea) als Bresche für judenmissionarische Aktivitäten.

Im Nachgang zur Synodenerklärung outeten sich prompt rund 190 PfarrerInnen als Befürworter der Judenmission. Mittlerweile erscheinen im württembergischen Pfarrblatt Beiträge aus der Feder junger Pfarrer, die die Grenze des schlechten Geschmacks deutlich überschreiten. Einer wendete ein, es seien in der Geschichte häufiger Juden gewesen, die Christen verfolgt hätten auf eine Art eine theologische Metamorphose der Auschwitz-Lüge. Andere beklagen, es könne und dürfe mit den Auschwitz-Schuldgefühlen nicht das christliche Vorhaben vereitelt werden, alle Welt zu missionieren.

Ergebnisse und Ausblicke

1. Dialog beschädigt

Weder Synode noch Kirchenleitung haben einmütig der Praxis der Judenmission eine Absage erteilt. Freilich: Gemessen am ihrem Vorhaben, scheitern die Judenmissionare. Doch die Nebenwirkungen ihrer Propaganda sind erheblich: Das Klima von Dialog und Begegnung zwischen Juden und Christen ist schwer belastet. Landesrabbiner Dr. Joel Berger wie Meinhard Tenné, der Vorstandssprecher der israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg, haben mehrfach für ihre Gemeinde erklärt:

Dialog erfordert die gegenseitige Anerkennung des Anderen. Wo ChristInnen aber so auf einer Überlegenheit ihres Glaubens beharren und Judenmission befürworten, ist der jüdisch-christliche Dialog am Ende, bevor er in den Gemeinden Früchte tragen konnte. Die Missionseiferer nehmen auch das billigend (oder ahnungslos?) in Kauf, selbst wenn die Arbeitsgemeinschaft Christen und Juden sich womöglich nicht mehr am Kirchentag beteiligen kann.

2. Demut ist Schwäche – Wir sind wieder wer!

Es geht in der Frage der Judenmission nicht um diesen oder jenen Unterschied in religiösen Vorstellungen, sondern radikal darum, den christlichen Glauben als den allein seligmachenden zu propagieren. Judenmission setzt die Überzeugung voraus: Wir Christen haben den Heiland gefunden und sind deshalb auf dem Heilsweg – Juden noch nicht. Wir Christen müssen Juden auf diesen Heilsweg bringen, sonst sind sie vor Gott Heillose. Das Juden in Deutschland öffentlich ins Gesicht zu sagen (Die Kirche glaubt und bezeugt im Christusgeschehen das endgültige, nicht überbietbare Gotteshandeln für das Volk Israel und die Völkerwelt. – Synodenerklärung, 6.4.2000) gehört gewisser-

maßen zur Königsklasse der unverfrorenen Selbst(be)achtung.

3. Krise provoziert Missionseiferer

Zwei Strömungen prallen in der öffentlichen Kontroverse aufeinander: Die einen wollen nach Jahrzehnten der neuen Nachkriegs-Wege zum Verständnis des Judentum im Dialog zum Ausdruck bringen: Es gibt keinen Grund für irgendeine christliche Überlegenheit gegenüber Jüdinnen und Juden vor Gott. Neben den obligatorischen Schuld-bekennnissen, die gedenkredenhalber land-auf landab zu hören sind, geht es nun darum, dass Christen und Kirchen ihr Verhältnis zu jüdischen Gemeinden neu bestimmen. Zu einem gedeihlichen Neben- und Miteinander von Kirche und Synagoge gehört als *Minimalvoraussetzung* der ausdrückliche Verzicht auf Judenmission (so die Erklärung der Synode der westfälischen Kirche, 4. November 1999).

Demgegenüber steht die Angst der selbst ernannten Retter der rechten Lehre und des rechten Bekenntnisses um einen wie auch immer gearteten theologischen Besitzverzicht. Das wurde so schon vor 20 Jahren als Vorwurf gegen Peter von der Osten-Sacken erhoben, dem Leiter des Instituts für Kirche und Judentum und Professor für Neues Testament in Berlin. Das Nein zur Judenmission wird von den so Geängstigten als Untreue zur neutestamentlichen Überlieferung, generell als fehlendes christliches Selbstbewusstsein, mithin als Glaubens-Schwäche angesehen. Man würde damit den Anspruch auf den exklusiven Heilsweg der Christen preisgeben und wenn man schon einmal bei den Juden damit angefangen hat, wo hört man dann auf? Das Ja zu Judenmission hat mit geistlichen Verlustängsten zu tun und hat Anteil an der generellen Krisenstimmung von Kirche und christlicher Religion. Gerade die Krise der öffentlichen Anerkennung der eigenen Tradition provoziert den Missionseifer: Wir sind (auch wieder) wer! Hier

ist der letzte Halt, hier sind die Werte, hier geht's lang. Früher oder später kriegen wir euch alle.

4. Identität sucht Abgrenzung

Den Heilsweg Israels mit Fragezeichen versehen, ist Futter für die angefochtene (schuld-beladene?) christliche Identität. Hier im Binnenbereich der Kirchen liegt denn auch die immense Wirkung der Debatte: Wer für Judenmission eintritt, stünde auf der Grundlage von Schrift und Bekenntnis, wer nicht, würde als PfarrerIn sein Ordinationsversprechen brechen. Schon die Singulare Schrift und Bekenntnis verraten übrigens, wie verschlossen solche Verfechter der Mission für Gottes Geschichte sind: »ER spricht durch Schriften und Bekenntnisse und hat noch nicht aufgehört«. (Ps 50,3.21) In den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren ging es gegen die ungläubigen von Bultmann beeinflusstenbeeinflussten Pfarrer, jetzt wird die Judenmissionswilligkeit zum Prüfstein.

5. Evangelische Erblasten

Evangelisch daran ist die Erblast des Biblizismus wie auch der von jeder Geschichte unbeleckte Sprung in den urchristlichen Kontext, als könne man mit Zitaten aus der Apostelgeschichte heute ein Mit- und Nebeneinander von Juden und Christen begründen.

Erschreckender noch: Wie viele Worte zur Judenmission und wie versammelt das Schweigen zum Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge. Ob die Herzen der ChristInnen hierzulande rasch spüren und begreifen, wie bedrohlich das Insistieren auf Identität – deutscher wie christlicher – für alle anderen im Land werden kann? Einer nennenswerten nicht-kirchlichen Öffentlichkeit war das im Tübinger Streit jedenfalls keineswegs egal.

Psychoanalyse der Judenmission

Woher kommt das christliche Begehren, Juden zum christlichen Glauben zu bekehren?

Die Judenmission ist nicht allein ein theologisches Thema. Man kann sie auch in anderer Perspektive sehen, politisch-historisch und gesellschaftlich etwa – aber auch psychoanalytisch. KURT OESTERLE sprach mit dem Tübinger Arzt und Therapeuten CHRISTOPH BIERMANN darüber, was die Judenmission und der zur Zeit in Tübingen tobende Streit dem tiefenpsychologisch geschulten Auge verrät. Biermann, 63, praktiziert seit vielen Jahren als Analytiker in Tübingen, war lange Zeit in der Friedensarbeit tätig, ist praktizierender Christ und war lange Jahre Kirchengemeinderat.

»All diese vom Christentum verübten Untaten«

Christoph Biermann bettet das Phänomen Judenmission in den größeren Zusammenhang jener Schuld ein, die das Christentum im Lauf seiner 2000-jährigen Geschichte auf sich geladen hat: Judenfeindschaft in allen Kategorien, Glaubenskriege, Kreuzzüge, Inquisition oder Hexenprozesse. »All diese vom Christentum verübten Untaten wurden meistens mit einem subjektiv guten Gewissen ausgeführt.« Das treffe auch auf die Missionierung von Juden und anderen Andersgläubigen zu. Doch bis zum Holocaust habe die Kirche – gemeint sind damit

alle Konfessionen christlichen Glaubens – sich so gut wie nie mit den von ihr verursachten Desastern auseinander gesetzt auseinandergesetzt.

Das gute Gewissen, total im Recht zu sein und »nur« Gottes Befehle ausgeführt zu haben, sei jedoch nicht alles. Von den kollektiven Gewaltexzessen des Christentums bleibe eine untrügliche Spur im Unbewussten zurück, eine »Schuld, die nicht voll bewusst werden kann«, selbst über Generationengrenzen hinweg. Der Grund für diese Schuld dürfte wohl darin zu suchen sein, dass das Christentum auch dort, wo es mit felsenfest geglaubtem Recht seine Brutaltäten verübte, zugleich gegen eines seiner stärksten Gebote verstieß: Das das Gebot der Nächstenliebe. Ein Problem waren nach

den Exzessen freilich immer diejenigen, die christliche Gewalt überlebt haben. Sie mussten als potentielle Zeugen mundtot gemacht werden, »oder man verdächtigte sie, die eigentlich Schuldigen an der christlichen Gewalt zu sein«.

Antijudaismus – »Grundgelegt im Neuen Testament«

Was die Juden betrifft, so war in christlich-kirchlicher Sicht vor allem ihr »Christusmord« und ihre »Verstockung« gegen die frohe Botschaft daran Schuldschuld, wenn man sie misshandeln, zwangstaufen und anderweitig verfolgen musste. Der Antijudaismus, »grundgelegt im Neuen Testament«, erscheint Biermann übrigens als das »Urmodell«, nach dem alle späteren gewaltbesetzten Feindbilder des Christentums gearbeitet sind. »Und hier nun«, sagt Biermann, »bekommt die Judenmission ihre fatale Bedeutung für das Christentum. Mir scheint, die Juden sollen durch ihre Bekehrung zum Christentum ihrerseits bestätigen, dass sie selbst und nicht die Christen

Schuldschuld sind am großen Desaster des christlichen Antijudaismus.« Die Gewissensbisse der Christen angesichts ihrer Schuld erforderten zu ihrer Besänftigung eine Art »Reinigungs-Therapie durch Selbstanschuldigung der zu bekehrenden oder bekehrten Juden«.

Der Drang zur Judenmission mutet den Psychoanalytiker aber auch an wie ein

»schwer deformierter Kontaktversuch« von Christen mit dem Volk Israel. Er vermutet, dass bei Menschen mit diesem Drang die »Gewissensbildung lückenhaft« geblieben ist – daher auch müssten sie ihre Kritiker mit so furchtbaren Vorwürfen wie »Hexenjagd« überziehen, wie man es derzeit in manchen Leserbriefen sehe. »Sie schreien diesen Kritikern all das entgegen, was das Christentum in 2000 Jahren selbst verbrochen hat«, sagt er. Dem tiefenpsychologischen Blick zeigt sich das Verlangen Juden zu taufen, als etwas zutiefst Zwanghaftes, in dem eine Wäsche oder sonstige Selbstsäuberung vollzogen werden soll. Biermann: »So reibt und reibt man an einem Fleck, der nicht weggehen will.« Das mit Vehemenz angestrebte Ziel der Judenmission sei am Ende die ersehnte Entlastung von der eigenen unbewussten Schuld.

Judenmission – Holocaust mit anderen Mitteln?

Etliche Christen erschrecken und empören sich, wenn Landesrabbiner Dr. Berger davon spricht, Judenmission sei so etwas wie eine Fortsetzung des Holocaust mit anderen Mitteln. Wie ist dieser Vergleich zu verstehen? Woran denkt der Landesrabbiner?

Wer Christ wird, ist nicht mehr Jude. Würden also alle Juden, Jesus als ihren Messias bekennen – und das ist das logische Ziel der Judenmission –, dann wäre das übrigens sehr real auch das Ende von Volk und Staat Israel.

Harry Wassmann

Diese Strategie einer gleichsam freilaufenden Bearbeitung könne aber auf Dauer nur scheitern. Abhilfe und Erleichterung bringt nach Biermann einzig eine echten Sinn stiftende Umlenkung der dahinter andrängenden Energien: Statt statt Judenmission ein Engagement für die Bürgergesellschaft oder Missionsdienste für den Frieden in der Welt.

»Die Menschen haben die Brisanz nicht erkannt – und auch jetzt erkennen sie sie nicht.«

BEATE SCHRÖDER sprach mit der jüdischen Tübingerin Dr. TAMARA KLINGENBERG.

Ich habe mich unglaublich aufgeregt und war sehr betroffen«, antwortet Tamara Klingenberg, als ich sie frage, wie der Bericht über den Studientag »Christlicher und jüdischer Glaube – Zwei Wege zum Heil?« auf sie gewirkt habe. Tamara Klingenberg lebt seit 25 Jahren in Tübingen. Die Heirat führte sie in die Stadt am Neckar. Hier hat sie eine Praxis als Ärztin für Psychotherapie und Psychiatrie.

Die Weihnachtszeit 1999 war für Tamara Klingenberg schlimm, denn durch die Ferien bedingt, erschienen die meisten Leserbriefe, die ihr Befremden gegenüber dem Ansinnen des Studientages ausdrückten, erst im neuen Jahr. Da war es gut, sich mit anderen jüdischen BürgerInnen Tübingens auszutauschen. In Tübingen leben zur Zeit etwa 30 Juden und Jüdinnen, inklusive Kindern. Eine jüdische Gemeinde gibt es nicht. Um am gottesdienstlichen Leben teilzunehmen, müssen die Tübinger nach Stuttgart fahren. Manchmal wünscht sich Tamara Klingenberg, sie könne in der Großstadt und inmitten einer jüdischen Gemeinde leben...

Fehlt den Juden etwas zum Heil?

Erleichterung brachte für Frau Klingenberg und die jüdischen BürgerInnen Tübingens am 31. 12. 1999 ein offener Brief von Landesrabbiner Dr. Joel Berger an die studentischen Veranstalter des Studientages. Die Studierenden hatten Berger geschrieben, um das »zutiefst einseitige Bild zu korrigieren, das im Artikel des Herrn Oesterle im Tübinger Tagblatt zum Ausdruck kommt.« Joel Berger drückte in dem offenen Brief an die Studierenden sein Befremden aus, dass die VeranstalterInnen betonten, wie wichtig ihnen der Dialog zwischen unterschiedlichen Positionen auf dem Studientag gewesen sei, aber keinen jüdischen Gesprächspartner eingeladen hätten: »Das Thema des Studientages hieß, so berichten Sie mir »Christlicher und jüdischer Glaube – Zwei Wege zum Heil?« Das Fragezeichen belehrt mich darüber, dass Sie durchaus bezweifeln, dass auch ich als Jude zum Heil gelangen könnte (ich nehme nicht

an, dass auf dem evangelischen Studententag der christliche Weg zum Heil in Frage gestellt werden sollte)« [vgl. S. 25].

Auf der Teilnehmerliste war kein jüdischer Gesprächspartner zu finden, statt dessen aber Vertreter der Judenmission und des messianischen Judentums. Dies ist es, was Tamara Klingenberg hellhörig werden lässt: Wenn Juden missioniert werden sollen, dann bedeutet es, ihnen fehlt etwas, nämlich Jesus. Wenn ihnen aber etwas fehlt, was zum wahren Menschsein dazugehört, stehen sie

damit eine Stufe tiefer als die Menschen, die das Fehlende besitzen. In dieser Vorstellung vom Judentum als defizitärer Religion und den Juden als defizitäre Menschen sieht Klingenberg die Brisanz und die Parallele zum Nationalsozialismus. »Schon vor der Machtergreifung Hitlers konnte man ja in »Mein Kampf« nachlesen, was er über die Juden dachte. Aber die Menschen haben die Brisanz nicht erkannt – und auch jetzt erkennen sie sie nicht.« Judenmission raubt dem jüdischen Volk seine Identität.

Nicht missionieren, sondern »Jesus bezeugen« – Eine theologische Finte

Die Erklärungen der judenmissionarischen Werke wie auch ihre ungewollten theologischen Zuarbeiter vermeiden inzwischen im Zusammenhang mit Israel den Begriff Mission. Sie knüpfen an einer nicht so belasteten theologischen Figur an und sprechen von »Evangeliumsdienst« oder »Zeugnisdienst« an Israel. So schon in einer Stellungnahme der EKU und VELKD (11/1995) angelegt:

»Der tief greifende Umschwung im Verhältnis der Christen zum jüdischen Volk kann und darf nicht bedeuten, dass es der Christenheit verwehrt sei, Jesus auch den heutigen Juden als den Messias Israels zu bezeugen.« (E. Jüngel / D. Wendebourg). Hier genau entsteht eine begriffliche Grauzone:

Judenmissionarisch Gesinnte verstehen unter »Jesus bezeugen« durchaus auch, wenn Missionare mit erbaulichen Schriften und aufdringlicher Predigt jüdischen Menschen ihren Glauben absprechen. Die theologischen Begründungen der Judenmission im Gewand des »Zeugnisdienstes« unterschlagen aber seine existentielle Dimension: Das deutsche Wort »Zeugnis« steht für das griechische Wort »Martyrium« im Neuen Testament. D.h. »Zeugnis geben« und »bezeugen« bedeutet für Christen und Kirchen im Grunde, mit ihrer ganzen Existenz Jesus Christus und das Kommen des Reiches Gottes verkündigen.

Ganz gleich wie nun Christen und Kirchen existieren, – so oder so, ob sie wollen oder nicht –, sie kommen gar nicht umhin, ein Zeugnis zu geben. Wie beschämend dieses Zeugnis der Kirchen und ChristInnen gegenüber Israel ausfallen kann, darüber müssen freilich nicht nur selbst ernannte Judenmissionare nachdenken. Übrigens: Die Angst, dass die Kirchen den Menschen hierzulande das Evangelium schuldig bleiben, ist unbegründet: Kein Winkel ohne Kirche und Glockengeläut, ohne Religionsunterricht und christliche Verkündigung in Presse, Funk und Fernsehen.

Anmerkung: Jan Assmann weist übrigens darauf hin, dass die biblische Vorstellung von Zeugnis in der Bereitschaft für die Wahrheit zu sterben gipfelt (den Namen heiligen), die fundamentalistische, in der Entschlossenheit, für die »Wahrheit« zu töten.

Harry Wassmann

Ist das Engagement für tote Juden leichter als das für lebendige?

Im neuen Jahr (2000) begann die Debatte auf den Leserbriefseiten, an der sich auch Frau Klingenberg beteiligte. Erschrocken registrierte sie, wie wenige Professoren anderer Fakultäten und wie wenig Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Schulen sich von dem Ansinnen der Judenmission distanzieren. Auch von den Menschen, die sich für die Gestaltung des Synagogenplatzes einsetzen, hörte sie kein Wort, schrieb sie in ihrem Leserbrief vom 14. Januar. (Sie konnte nicht wissen, dass am selben Tag ein Leserbrief von Pfarrer Michael Volkmann erscheinen sollte.) Könnte es ein, so fragt sie, dass das Engagement für tote Juden doch sehr viel leichter ist als für lebendige?

Die VeranstalterInnen und TeilnehmerInnen des Studententages sind nicht irgendwelche unwissenden jungen Menschen, die aufgrund ihres fehlenden Kontakts zu Juden ein wenig unsensibel sind. Nein, es

sind die zukünftigen Pfarrer oder Pfarrerinnen, die sich hier äußern und die auch, nachdem man sie auf ihre Fehler hinweist, darauf beharren, dass sie es richtig gemacht haben. Das macht die Ärztin nachdenklich: Wie wird sich ein fruchtbarer Dialog zwischen Juden und Christen mit solchen Pfarrern und Pfarrerinnen fortsetzen lassen können? Wäre es im Laufe der Debatte doch zu einem Wort der Selbstkritik von Seiten der Studierenden gekommen!

Ein Interesse an einem Dialog mit Vertretern der jüdischen Gemeinde wurde jedoch in keinem der vielen Leserbriefe, die von Studierenden geschrieben wurden, sichtbar. Tamara Klingenberg dazu: »Ich glaube, es ist vielen immer noch nicht klar, was das Judentum eigentlich ist.« Vor 1938 hatten die meisten TübingerInnen Kontakt zu Juden und Jüdinnen, erlebten ihre Feste und Gebräuche. Heute kennt kaum jemand noch einen Juden. 60 Jahre nach dem Holocaust weiß kaum noch einer, was das Judentum ist. Der Holocaust dauerte 12 Jahre, der Antisemitismus jedoch hat eine Geschichte von 2000 Jahren. [...] Dieser Antisemitismus äußert sich meistens unbewusst, z.B. in den Worten eines medizinischen Professors, der einen Vortrag über Dr. Alzheimer hielt. Er berichtete, dass Alzheimer verheiratet gewesen sei mit einer reichen Jüdin. »Hätte er auch gesagt, er sei mit einer reichen Katholikin oder einer reichen Protestantin verheiratet gewesen?«, fragt Tamara Klingenberg miss-träulich.

Solche unbewussten Antijudaismen waren auch auf dem Studententag zu hören, z.B.

in der Rede von den »getauften Psalmen« in christlichen Gottesdiensten oder in dem Wort von Prof. Slenczka, man solle »den Juden als Feind lieben«. Tamara Klingenberg dazu: »Ich würde mir von allen wünschen: Mehr mehr Wahrhaftigkeit, weniger Heuchelei; keine Feindesliebe – ja überhaupt keine Liebe, sondern einfach Respekt für unsere jüdischen Gefühle.«

Ich frage Tamara Klingenberg, was das Judentum für sie sei. Sie antwortet: »Das Judentum ist für mich in erster Linie eine Religion und eine Schicksalsgemeinschaft.«



Gedenkstein der ehem. Synagoge (jetzt kath. Kirche) in Merchingen

»Von der frohgemuten Ahnungslosigkeit«

BEATE SCHRÖDER sprach mit KURT OESTERLE, der für das Tübinger Tagblatt über den Evangelischen Studientag berichtete.

Zunächst war für Kurt Oesterle der Studientag der Evangelisch-theologischen Fakultät über das Verhältnis zwischen Juden und Christen ein Pressetermin wie jeder andere auch. Die studentischen VeranstalterInnen hatten das Tagblatt auf den Studientag hingewiesen und »einen Vertreter der Redaktion« eingeladen. Was Oesterle jedoch auf dem Studientag hörte, erfüllte ihn »mit Entsetzen und Zorn«.

Was erzürnte den Tagblatt-Journalisten so, dass ihn das Thema in der nächsten Zeit gar nicht mehr los ließ? Es war alles zusammen, sagt Kurt Oesterle. Natürlich zunächst das Entsetzen über die Worte von Prof. Slenczka, man müsse den Juden mit der gebotenen Feindesliebe begegnen. Es war aber auch die Unfähigkeit, wirklich miteinander zu reden, die Selbstsicherheit, mit der die heimischen Referenten Prof. Slenczka und Prof. Hofius ihre Positionen vertraten und KritikerInnen ihrer Position auf unsachliche Weise zurechtwiesen.

Die Kritiker der Judenmission, die eingeladenen Professoren Wengst und Klappert wurden von den Anwesenden bestenfalls mit Höflichkeitsapplaus bedacht. »Selbstsicherheit«, so Oesterle, »nimmt einem etwas von der Sensibilität, die gerade hier notwendig gewesen wäre.« Er erinnert an den jüdischen Philosophen Emmanuel Levinas, der sinngemäß gesagt habe: Die Verstörung durch das Antlitz des Anderen als Blöße und als Got-

tesschein erinnere an alles, was du versäumt hast. Am 16. 12. 1999 schrieb Oesterle – und Prof. Klappert hat das im Nachhinein noch einmal bestätigt – von der »frohgemuten Ahnungslosigkeit etlicher Teilnehmer, die sich noch damit zu brüsten schienen, persönlich keine Juden zu kennen.« Nebenbei bemerkt: Prof. Klappert wurde von verschiedenen Seiten der Fakultät aufgefordert, sich von dem Artikel Oesterles zu distanzieren. Er ließ aber die Zeitung wissen, er stünde hinter diesem Artikel.

Wo liegt die Ursache für die Unfähigkeit, angemessen über das Verhältnis Juden/Christen nachzudenken? Kurt Oesterle vermutet, dass sich das Judenbild der Theologen aus der geistigen Tradition des Protestantismus speise, die schon lange von Antijudaismen geprägt sei. Die Zeit des Nationalsozialismus und die Erfahrung des Holocaust seien dagegen scheinbar nicht prägend. Das führe dazu, dass so vielsoviel Unbearbeitetes und Unbewusstes mit ins Spiel komme. »So entsteht ein giftiges Gemisch, das zündet.«

Von der »vermieften und verhockten Atmosphäre« des Studientages war im Artikel Oesterles zu lesen. Solche Worte weckten den Widerspruch der Studierenden. Sie warfen dem Journalisten in Leserbriefen »eine unsensible und verzerrende Berichterstattung«, ja sogar »Rufmord« vor.

Nichtsdestotrotz verfolgte der Geschmähte die Sache weiter. Wie ging es ihm dabei? Und wie reagierte die Redaktion der Zeitung?

»Die Redaktion hat gesehen: In der Sache haben wir Recht. Keiner der Leserbriefschreiber behauptete, es sei vom Tagblatt falsch zitiert worden. Es musste keine der Aussagen revidiert werden.«

Seine Aufgabe als Journalist sieht Oesterle darin, die »unsichtbare Wirklichkeit zu

beleuchten, hinter die Kulissen zu gucken.« Dabei macht es ihn zornig, dass Angehörige der Universität und der Kirchen so abgehoben und so weit entfernt sind von dem, was in der sonstigen Gesellschaft gedacht wird. Das liegt, so vermutet er, vielleicht nicht zuletzt an der Ursprungsidee der Universität Tübingen, in splendid isolation, geschützt vor jeglicher Realitätswahrnehmung einen Staat im Staate zu bilden. So ließe sich auch das von Tamara Klingenberg so schmerzlich

Evangeliumsdienst für Israel und messianisch-jüdische Gemeinden: Nur ein getaufter Jude ist ein guter Jude

Der Evangeliumsdienst in Israel (edi) formuliert in seinem Informationsblatt »Kirche für Israel« drei Ziele:

Er will in christlichen Gemeinden »über Israel, das Judentum und messianische Juden informieren«, in Israel »messianische Gemeinden unterstützen«, und »unter Juden in Deutschland die Verkündigung des Evangeliums fördern«. Seit 1994 stellt der edi Anatolii Ushormirskiy, einen getauften Juden aus der Ukraine, als »Evangelist« an. Ushormirskiy gründete im Sommer 1998 »Sh'ma Israel«, eine Gemeinde in Esslingen, die größtenteils aus Juden besteht, die aus den GUS-Staaten kamen. Ushormirskiy wurde ihr Leiter und Pastor. Die Gottesdienste hält er in russischer Sprache.

Von den jüdischen Gemeinden werden diese Christen jüdischer Herkunft nicht als religiöse Juden anerkannt. »Da sie an Jesus Christus glauben, haben sie das religiöse Judentum aufgegeben«, sagt Noemi Berger von der jüdischen Gemeinde in Stuttgart. Wenn also Christen von »messianischen Juden« sprechen, bestimmen sie gegen den Willen und das Selbstverständnis der jüdischen Gemeinden, wer jüdisch ist und wer nicht. Zu den jüdischen Gemeinden hat der edi und haben die messianischen Gruppen keine Beziehung. Aus den Schriften des edi kann man stark vergrößert die Botschaft herauslesen: Nur ein getaufter Jude ist ein guter Jude.

In den »Theologischen Grundsätzen zur Arbeit des Evangeliumsdienstes für Israel« heißt es z.B.: »Israel ist das erwählte Volk Gottes. Mit Abraham begann Gottes Heilsgeschichte mit seinem Volk. Er tat Israel seinen Willen kund und offenbarte sich in Jesus Christus, seinem Sohn. Die ersten Nachfolger Jesu waren Juden«. Durch den Glauben an Jesus als den Herrn und Messias waren sie nicht nur in leiblicher, sondern auch in geistlicher Hinsicht Kinder Abrahams. Nur Juden und Jüdinnen, die an Jesus Christus glauben, können sich also wirklich auf das Erbe Abrahams berufen. Die Schuld des Holocaust dürften die Christen, so der edi, nicht dadurch vergrößern, dass sie ihnen das Evangelium von Jesus vorenthalten. Wenn das Ziel von edi ist, möglichst viele Juden und Jüdinnen zum Glauben an Jesus Christus zu führen, bedeutet dies letztendlich die Auflösung des religiösen Judentums.

Beate Schröder

empfundene Schweigen der Lehrenden anderer Fakultäten erklären. »Die tun sich gegenseitig nichts«, so der Kommentar von Kurt Oesterle.

Den Eindruck macht auch die vom Oberkirchenrat erbeten Stellungnahme der Evangelisch-theologischen Fakultät, die am 8. März 2000 veröffentlicht wurde. »Man muss einen Teil seiner Tradition dem geschichtlichen Bewusstsein opfern, um mit anderen zusam-

menzuleben können«, sagt Kurt Oesterle, der Germanistik, Philosophie und osteuropäische Geschichte studierte. »Deswegen sollten die Kirchen keinen Sonderweg im Verhältnis zum Judentum suchen.« Für die Kirche wünscht sich der Tagblatt-Journalist, dass sie die doppelte Bindung, die Bindung nach innen zu ihren Mitgliedern und nach außen zur säkularen Gesellschaft, nicht verlieren möge.

Keine getauften Psalmen

BERTOLD KLAPPERT, 60, Theologieprofessor an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal, die in der Tradition der Bekennenden Kirche steht, nahm am Hochschultag der Tübinger evangelisch-theologischen Studierenden teil und wunderte sich über manchen Zungenschlag. Mit Klappert sprach KURT OESTERLE.

War der Studientag der evangelischen Studierenden im Theologicum eine Propagandaveranstaltung für die Judenmission? Nein, so weit möchte er nicht gehen, sagt Professor Bertold Klappert von der Kirchlichen Hochschule Wuppertal. Was war dieser Studientag dann? »Ein Versuch, sich mit dem jüdisch-christlichen Dialog auseinander zu setzen auseinanderzusetzen«, sagt Klappert. Allerdings habe man dazu unter sich bleiben wollen, um zunächst einmal Klarheit über eigene Positionen zu gewinnen. Für Klappert absurd: »Denn eine christliche Selbstklärung zu diesem Thema kann ohne Juden gar nicht stattfinden.«

Außerdem gab es schon vorher Streit. Ein paar Mitglieder der Fakultät, die immerhin auch ein Institutum Judaicum ihr Eigenen nennt, hatten sich dagegen gewehrt, dass Vertreter der Judenmission dort eigene Seminare abhalten sollten. Sie gaben ihr Einverständnis erst, als gesichert war, dass diese nur im Gaststatus teilnehmen würden. Doch die Judenmission stand wie ein Menekel über der Veranstaltung. Dabei wäre es

laut Klappert »gerade hier in Württemberg« natürlich gewesen, ihre Theorie und Praxis aufzugreifen.

Zur Erinnerung: Landesrabbiner Joel Berger, auch er Angehöriger der Eberhard-Karls-Universität, schlug schon vor längerem Alarm, als er Indizien dafür fand, dass christliche evangelische Judenmissionare ungebeten die Wohnheime ehemaliger Sowjetjuden in Stuttgart heimsuchten, um die Bewohner teils mit falschen Berufsversprechen zum Christentum zu überreden. Der Landesrabbiner sprach von einem »Holocaust mit anderen Mitteln«. Zu krass? Berger wirft den Christen, die besonders unter wehrlosen Juden wie denen aus der ehemaligen Sowjetunion missionierten, vor, dass sie die Juden als Juden nicht wollten – so wie die Holocaust-Betreiber auch, eben nur mit anderen, unblutigen Mitteln.

Abgesehen davon: Es fehlt Christen, die Juden missionieren, an der gebührenden Achtung vor der älteren Religion, ohne die die eigene nie entstanden wäre. Von Toleranzgeboten und der Wertschätzung für

den Andersgläubenden ganz zu schweigen. Im Theologicum stand am Dienstag ein junger Mann auf, der sich einen zum Christentum übergetretenen Juden nannte. Er klagte die Christenheit an, dass sie die vielen ehemaligen Sowjetjuden hierzulande im Stich lasse. Konkreter wurde er nicht. Tatsache ist, dass sich die Israelitische Religionsgemeinschaft in Stuttgart ihrer annimmt. So wurden dem staunenden Publikum verzerrte Realitäten vorgemacht. Eingeladene jüdische Gemeindevertreter hätten da leicht korrigierend wirken können.

Mit Unbehagen erinnert Klappert sich tags darauf beim Tagblatt-Gespräch der bisweilen miefig-verhockten Atmosphäre der Veranstaltung. Am meisten bedrückt ihn die frohgemute Ahnungslosigkeit etlicher Teilnehmer, die sich noch damit zu brüsten schienen, persönlich keine Juden zu kennen. »Erschrocken« war Klappert, als der junge Theologe Notker Slenczka, der in Tübingen den Jünger-Lehrstuhl verwaltet, davon sprach, im Juden den Feind zu lieben. Man möchte bitter fragen: Ist das noch die alte Liebe oder schon wieder eine neue Feindschaft? Klappert, der nach dem Slenczka-Vortrag seinen eigenen völlig umwarf, spricht jedenfalls von einer »essentiellen« Beziehung.

Er selbst ist ein Gegner der Judenmission und hält es mit dem Präses der EKD, Manfred Kock, für den sich der Missionsauftrag nach Matthäus 28 nicht auf das Volk Israel erstreckt. »Israel ist der erste Zeuge Gottes vor der Welt«, heißt es in einer Erklärung Kocks. Und Klappert sagt: »Wir Christen kommen durch Jesus Christus in den Bund Gottes mit Israel hinein.« Und das heißt nicht, wie Slenczka behauptete: Es gibt drei unterschiedliche Gottesbünde, den jüdischen, den christlichen, den islamischen, und alle drei lebten in einer pluralen Welt im Streit miteinander.

In Klapperts Landeskirche gibt es eine schon ältere Tradition des Dialogs mit Juden. In Württemberg dagegen scheinen ihm

viele diesen Dialog gar nicht zu wollen. Sie seien sich selbst genug. Und was die Jüngeren unter ihnen angehe, beherrsche sie inzwischen auch und gerade den Juden gegenüber eine schneidende Unbefangenheit. Sie glaubten oder redeten sich ein, ein Jude und ein Deutscher könnten einander rein von Mensch zu Mensch, unter Ausblendung aller Geschichte, auch der von Ausschwitz, gegenübertreten.

Auch andere wunderten sich über die neuesten Stimmungen in Teilen der künftigen Glaubenselite. Ein Tübinger Pfarrer meinte, es gebe jetzt die erste scharfe Rollback-Bewegung seit 1968 gegen den »Judaismus« in der Theologie. Jedenfalls lagen bei manchen gegen Abend die Nerven blank. Als eine Studentin bei der Podiumsdiskussion den Eindruck aussprach, im Saal fühlten sich etliche spürbar vom Judentum bedroht, traf sie der Bannstrahl des Tübinger Theologieprofessors Otto Friedrich Hofius, der vorher schon Kopfschütteln ausgelöst hatte, als er sagte, jüdische Texte und Psalmen, die in einem christlichen Gesangbuch abgedruckt würden, seien damit »getauft«. Jetzt wettete Hofius gegen die »Evangeliumsverleugner«, »hermeneutischen Schwafler« und »elenden Demagogen« in den eigenen Reihen ganz so als wollte er damit dem Studientag das nachträgliche Motto liefern, nämlich: Wenn wir schon den Dialog mit anderen nicht wollen, sollten wir auch zum Gespräch untereinander unfähig sein.

Kurt Oesterle schrieb zuletzt in CuS Heft 2/1996 über Norbert Greinacher anlässlich dessen 65. Geburtstages.

Jesus im Denken Albert Schweitzers

aus der Sicht eines Quäkers

Von HEINZ RÖHR.

Albert Schweitzer ist am 14. Januar 1875 in Kaisersberg/Elsass geboren, ein Anlass, seines 125. Geburtstages zu gedenken. Seine Kindheit und Jugendzeit hat Schweitzer selber in einem kleinen Bändchen (1924) dargestellt, von dem Hermann Hesse sagt, es sei sein schönstes Werk.

Albert Schweitzer war ein »Elementarereignis« (F. W. Kantzenbach). Allein seine akademische Laufbahn ist atemberaubend. Ab 1893 studierte er in Straßburg Theologie und Philosophie und promovierte 1899 mit einer umfänglichen Arbeit über Kant. Das Angebot, sich in Philosophie zu habilitieren, lehnte er ab: Die philosophische Fakultät hätte es nicht gerne gesehen, wenn er als Philosoph gleichzeitig Prediger gewesen wäre.

1900 macht Albert Schweitzer seine zweite theologische Prüfung mit Ach und Krach. Im gleichen Jahr wird er Licentiat (Doktor) der Theologie. Die Dissertation über das Abendmahlsproblem wie auch die theologische Habilitationsschrift von 1901 über das »Messianitäts- und Leidensgeheimnis« (Jesu) sind relativ schmal.

1905 und 1906 folgen dafür zwei respektable Werke: der »Bach« (in Französisch) und »Von Reimarus zu Wrede« (später »Ge-

schichte der Leben-Jesu-Forschung«), sein berühmtestes Werk, dem neben zahlreichen anderen Werken zur Theologie und Kulturphilosophie 1930 sein bestes Buch, »Die Mystik des Apostels Paulus«, folgte. 1912 heiratet Albert Schweitzer Helene Breßlau und erhält den Professorentitel.

1905 ist das Schicksalsjahr im Leben Albert Schweitzers: Er beschließt, Urwald-Arzt zu werden und beginnt das Medizinstudium, das er 1910 mit »sehr gut« abschließt. 1913 folgt seine dritte Dissertation: die medizinische mit dem Titel »Die psychiatrische Beurteilung Jesu«. Im selben Jahr geht er nach Lambarene. 1915 findet Albert Schweitzer bei der Fahrt auf dem Ogowe den Begriff der »Ehrfurcht vor dem Leben«. Albert Schweitzer hat die innere Motivation für den Entschluss, nach Afrika zu gehen, in »Aus meinem Leben und Denken« (1931) selber dargestellt (Fischer TB 18, S. 71ff). Die näheren Umstände für den Eintritt

(als Arzt!) in die Pariser Mission lassen sich aus dem Briefwechsel Albert Schweitzers mit deren Direktoren rekonstruieren. Bei der Pariser Mission liegen 141 Briefe Albert Schweitzers in Französisch aus den Jahren 1905-26, die nur auszugsweise über-



Er liebte Bachs Orgelchoräle.

setzt sind, davon stammen 27 aus der Zeit vor seiner ersten Ausreise nach Lambarene 1913. Gleich im ersten Brief (vom 9. Juli 1905) schreibt er: »Ja, ich kenne dies alles: die Wissenschaft, die Kunst, die Freuden der Wissenschaft, die Freuden der Kunst, die Befriedigung der Erfolge, und es erfüllt mich mit wahren Stolz, schon mit 27 Jahren meine Vorlesungen begonnen zu haben. Aber, das alles hat mich nicht verändert. Ich habe gespürt, daß dies nicht alles ist, daß es nichts ist. Ich bin immer einfacher, immer mehr Kind geworden, und ich habe immer klarer erkannt, daß die einzige Wahrheit und das einzige Glück darin besteht, unserem Herrn Jesus Christus zu dienen, da, wo er uns nötig hat. Ich habe es mir hundertmal überlegt, ich habe meditiert, indem ich an Jesus dachte, ich habe mich gefragt, ob ich ohne Wissenschaft, ohne Kunst, ohne die geistige Umgebung, in der ich mich befinde, leben könnte – und immer, am Ende aller dieser Überlegungen: ein freudiges Ja« (zit. n. F. Buri, ZM 1981, S. 201 – siehe Literaturliste). Und er schließt den Brief mit den Worten: »Ich schreibe Ihnen diese Zeilen in einer tiefen und freudigen Bewegtheit, bitend, daß unser Herr meinen Entschluß segne und mich würdig mache, in aller Bescheidenheit am Kommen seines Reiches zu arbeiten« (ebd. S. 202, Hervorhebung von mir, H.R.).

Klingt das nicht geradezu pietistisch? Man hat bei Albert Schweitzer ernsthaft eine Art von »praxis pietatis« (Frömmigkeitspraxis) (wie sie die alten Pietisten lebten) finden wollen: Es geht Albert Schweitzer tatsächlich immer um »Orthopraxis«, nie um »Orthodoxie« (um rechtes Tun, nicht um die rechte Lehre). Aber eins fehlt Albert Schweitzer grundsätzlich: das ist der altpietistische Grundsatz: »Seelen retten für das Lamm!« Sein Missionsideal ist das des »schweigenden Dienstes« (H.R.), wie und weil Jesus es gebietet. Dazu passt auch, dass Albert Schweitzer nicht zu Jesus betet. Der Schluss-

satz des ersten Briefes kann m.E. nicht als Beispiel für ein Jesus-Gebet ausgelegt werden. Es gibt auch kein anderes literarisches Zeugnis, das ein solches Jesus-Gebet belegt. Albert Schweitzer schreibt im dritten Brief: »... ich spüre, daß es Jesus ist, der mich erweckt hat, als ich in meine Wissenschaft versunken war, um mir zu sagen: Gehe, wo ich dich nötig habe. Und ich will ihm folgen. Mein Plan ist reif geworden in langen Überlegungen« (ebd. S. 202, Hervorhebung von mir, H.R.). Das sind Zeugnisse einer für Albert Schweitzer typischen Jesusfrömmigkeit bzw. Jesusnachfolge! Überhaupt gilt für Schweitzer: »Alle Frömmigkeit ist nur so viel wert, als in ihr Hingabe unseres Willens an seinen (Jesu) statthat« (»Aus meinem Leben und Denken«). Und: »Unsere Religion, insoweit sie sich als spezifisch christlich erweist, ist also nicht so sehr Jesuskult als Jesusmystik« (»Geschichte der Leben-Jesu-Forschung«, Hervorhebung von mir, H.R.).

Es geht in dem Briefwechsel, vor allem mit Alfred Boegner, dem damaligen Direktor der Pariser Mission (einem Elsässer), auch um die Themen »historischer Wert der Evangelien« und »die Göttlichkeit Jesu«. Boegner beharrt darauf, dass Jesu Göttlichkeit geglaubt werden müsse, wie sie von den Aposteln geglaubt wurde »und von Jesus Christus selber« (ebd. S. 209). Albert Schweitzer zögert etwas mit der Antwort, schreibt dann aber (in Deutsch): »Und (...) meinen Sie nicht, daß es fast kleingläubig ist, nicht dieses ungeheure Vertrauen in den Geist Christi zu haben, daß er auch diejenigen zu verbinden vermag, die in Worten und Formulierungen nicht ganz übereinstimmen! ...« (ebd. S. 209).

Paris hat sich schließlich zufrieden gegeben. Albert Schweitzer musste unterschreiben, in Afrika nur als Arzt zu arbeiten, nicht als Prediger. Er gab das Versprechen, »stumm wie ein Karpfen« zu sein! Es gibt jedoch spätere Fotos, die beweisen, dass er

doch gepredigt hat, und zwar in der Spitalstraße vor einer Baracke stehend, mit kurzärmeligem, weißem Hemd und Tropenhelm, neben ihm zwei eingeborene Dolmetscher. Verkündigt hat er den Eingeborenen »das Elementare des Evangeliums der Bergpredigt« (»Aus meinem Leben und Denken«, S. 82).

Wer Beispiele für Albert Schweitzers schlichte Jesusfrömmigkeit sucht, findet sie leicht in jeder Biographie. So berichtet Prof. E. Grässer (in seinem Buch »Albert Schweitzer als Theologe«, S. 8), er habe in Günsbach auf dem Nachttisch Albert Schweitzers ein »sehr altes« Gesangbuch gesehen, mit dem Schweitzer seine Abendandachten hielt: »Ein zerleseneres Buch kann man sich nicht vorstellen! Das Lieblingslied war: »Ach bleib mit deiner Gnade bei uns, Herr Jesu Christ...«. Es wurde mit allen Strophen auch bei Schweitzers Beerdigung gesungen.« Und natürlich hat Albert Schweitzer auch die vielen herrlichen Orgelchoräle von Bach in Konzerten gespielt, wie z.B. »Jesu meine Freude«, »Sei gegrüßet, Jesu gütig«, »Gelobet seist du, Jesu Christ« usw. (Programmzettel sind erhalten.)

Ich war selber auch einmal in Günsbach. Neben dem Tropenklavier (mit Orgelpedal) haben mich vor allem der alte Mantel und der Hut beeindruckt, (Er hatte ja nur einen!) Wenn man gesagt hat, dass Albert Schweitzer und der Heilige Franz von Assisi einander ähneln wie Brüder (N. Kazantzakis) – hier ist der Beweis: das Armutsideal und die Tierliebe! Th. Heuß sagt, das Geheimnis von Leben und Wirkung Schweitzers liege »in dieser eigentümlichen Spannung von sauberm Rationalismus zur individuellen Mystik« (Steffhan, S.45).

Viele Bewegungen haben Albert Schweitzer für sich in Anspruch genommen: die Friedensbewegung, die Orgelbewegung, die Unitarier, die Antiatombewegung, der Tierchutz. Manche haben ihn als Agnostiker

und »Rationalist« auf die Ebene eines »atheistischen Realidealismus« (H. Groos) herüberziehen wollen. Ich will ihn nicht auch noch für die Quäker in Anspruch nehmen! Immerhin hat er gesagt: »Nur eine Miniaturkirche, die Gemeinschaft der Quäker, hat es unternommen, die absolute Gültigkeit der Ehrfurcht vor dem Leben, wie sie in der Religion Jesu enthalten ist, zu verteidigen.« (F. Pfäfflin, S. 56) Ist das nichts?

Nachbemerkung

Albert Schweitzer hat sich, was ihn für Quäker sympathisch macht, mit kirchlichen Amtshandlungen ein Leben lang sehr zurückgehalten. M.W. gibt es in der gesamten Schweitzer-Literatur keinen Hinweis darauf, dass er jemals das Abendmahl gespendet hat. Sein Platz in der Kirche war die Orgelbank oder die Kanzel. Getraut hat er 1908 in Straßburg das Ehepaar Theodor Heuß und Elly Knapp, mit dem er befreundet war, und zwar mit dem Trauspruch: »Ihr seid das Salz der Erde.« Seine Tochter Rhenia hat er nicht taufen lassen. Seine vier Enkel hat er dagegen selber getauft – alle vier auf einmal.

Literatur

- F. Buri, Albert Schweitzer, Alfred Boegner und die Pariser Mission, Zeitschrift für Mission (ZM) 1981, H. 4, S. 199 ff.
R. Grabs, Albert Schweitzer, (Berlin 1949) Hamburg 1958
E. Grässer, Albert Schweitzer als Theologe, Tübingen 1979 (theologisch gewichtig!)
H. Groos, Albert Schweitzer, Größe und Grenzen, 800 S., München 1974 (das kritischste Buch)
F. W. Kantzenbach, Albert Schweitzer, Wirklichkeit und Legende, Göttingen 1969
U. Neuenschwander, Denker des Glaubens, I, Gütersloh 1974
Paquet-Archiv: Frankfurt am Main 1958. A. Paquet – Begegnung mit Albert Schweitzer
F. Pfäfflin, Waffen des Lichts, Worte aus den Werken von Albert Schweitzer, 1949
W. Picht, Albert Schweitzer, Wesen und Bedeutung, Hamburg 1960 (die beste Biographie)
G. Seaver, Albert Schweitzer als Mensch und Denker, Göttingen 1959
H. Steffhan, Albert Schweitzer, rowohlt-monographie 263, Hamburg 1979 (sehr gut zur Einführung)

»Explosiv« für Christen

Chrisma löst das Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt ab.
Das neue Magazin erneuert den alten Muff.
Von JÖRG SUNDERMEIER.



Man würde lügen, wenn man behauptete, dass man das Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt (DS) vermisst. Man kann es auch noch gar nicht vermissen, denn am 13. Oktober erschien die letzte Ausgabe des Blattes, das 42 Jahre lang im Auftrag der evangelischen Kirche für Politik und Glaube im Kirchenvolk zuständig war. Zuletzt arbeitete das Blatt so defizitär, dass es auch die Lutheraner nicht mehr halten wollten, denn das Profitdenken des Kapitalismus ist den Ideologieabteilungen der Kirchen nicht fremd. Also wurde nicht lange gefackelt und das Ding eingestellt.

Dennoch wird man dem DS nachtrauern. Denn abgelöst wird es von einem Magazin namens Chrisma, das einmal im Monat der Zeit, der Süddeutschen Zeitung, der Sächsischen Zeitung und der sich immer gern linksliberal, objektiv und unverstrahlt gerierenden Frankfurter Rundschau beiliegt. Zudem gibt es für die hartgesottenen DS-Abonnenten und für neue Freiwillige noch das im Umfang erweiterte Chrisma Plus.

Chrisma und seine dickere Schwester Chrisma Plus übertreffen das DS bei weitem. Wäre nicht schon der Name eine fürchterliche Mischung aus liebedienerischer Wollpulloverigkeit und neutonendem Werbesprech, ließe spätestens die Ankündigung des neuen Magazins das Schlimmste befürchten: »Nun wollen wir Sie davon überzeugen, dass Sie sich in Chrisma Plus genauso wohl fühlen werden wie im Sonntagsblatt. Dazu mag beitragen, dass die Macher weitgehend dieselben geblieben sind. Noch wichtiger vielleicht: Wir haben die wesentlichen Teile des Haus-

standes unter das neue Dach mitgenommen.«

So sprach die Redaktion im letzten DS zur Leserschaft und präsentierte alsdann, womit die Leserinnen und Leser sich wohlfühlen und abfinden sollten: »Ein Magazin wie Chrisma Plus möchte sein Publikum unterhalten. Auch die ernstesten Stoffe sollen frisch und überraschend, wendig und originell präsentiert werden. Lesen ist Arbeit, deshalb muss es Vergnügen bereiten. Wir wollen Ihnen mit unserem Angebot einmal im Monat die Freude machen, Ungewohntes leicht entdecken und Bekanntes von einer neuen Seite kennen lernen zu können. Dies alles, darin ist sich die Redaktion einig, wird nicht kreischend und prahlerisch geschehen. Unser Ideal ist ein klassisches: Wir wollen in aller Originalität und Frische ruhig, höflich und formbewusst bleiben. Die Lektüre von Chrisma Plus soll bei Ihnen dieselbe Bedeutung haben wie ein gutes, manchmal ernstes, manchmal launiges Gespräch mit Freunden, bei einer Tasse Tee oder einem Glas Wein. Wir bieten weder einen Jahrmarktsbesuch noch einen Volkshochschulkurs. Unser Heft soll Ihnen Begleiter werden, ohne erhobenen Zeigefinger und ohne Possenreißer.«

Was den Machern der Chrisma dann allerdings ein klassisches Ideal und kein Possenreißer ist, bewies die erste Ausgabe: Chrisma ist gestalterisch weitgehend am SZ-Magazin orientiert, allerdings ist die Schriftgröße einiger Artikel ganz offensichtlich auf die ältere und sehschwache Leserschaft zugeschnitten.

Weißräume wurden weitgehend vermieden, damit nicht der Eindruck entsteht, man habe nicht viel zu sagen.

Mit *Chrisma* entdeckt die Redaktion neue Möglichkeiten und nutzt den ungewohnten Rahmen des Magazinformat, um zu einem christlichen »Explosiv« zu werden: Das *DS* hatte schon immer an allem sympathische Züge entdecken können, außer wenn es sich um Kommunisten, Verbrecher oder suspek-te Völker handelte – und so verwundert es nicht, dass der populäre Bundeswehrprofessor Michael Wolffsohn im *DS* erkennen durfte: »Wäre Hitler wie Haider gewesen, hätte es keinen Holocaust gegeben.« Auch die Regisseurin Anna Badora konnte im *DS* freimütig bekennen: »Ich möchte wissen, was das für eine Kraft ist, die den Menschen vorantreibt. Wie entsteht sie und welche furchtbaren Auswüchse kann sie haben? Hitler und Stalin waren schließlich auch enorm kreative Menschen.«

Dieses Reden, in dem Hitler kein national-sozialistischer Politiker, sondern eine monsterhafte Ikone fürs bürgerlich-esoterische Denken ist und zugleich auch dessen zentraler Begriff, wird allerdings noch unterboten, wenn in *Chrisma* der Fernsehpfarrer und Menschenfreund Jürgen Fliege behauptet: »Jesus ist auch für Adolf Hitler gestorben.«

Fliege ereilt diese Erkenntnis in einem Gespräch, in dem der (soeben in erster Instanz wegen Rechtsbeugung verurteilte) »Richter Gnadenlos«, Ronald Barnabas Schill, den seriösen Gesprächspartner abgibt. Selbst der Hamburger Jurist, dessen Partei Pro dem rechtskonservativen Spektrum zugerechnet wird, kann sich angesichts solchen Christentums nicht halten und fragt, ob Fliege nicht glaube, dass er mit »zu viel Verständnis« die Opfer verhöhne. Darauf der Pfarrer: »Schuld soll ja auch gar nicht haften bleiben.« Und »auch mit seinen Feinden muss man reden«. Dementsprechend sei Rechtsradikalen Verständnis entgegenzubringen?

»Das ist eben mein Job. Jesus sagt: Jede

Form von Spekulation über Schuld und Ursache lenkt davon ab, dass der Augenblick gekommen ist, den anderen zu lieben und an seiner Seite zu gehen.«

Den Opfern, zu denen sich Fliege selbst zählt – er sei in jungen Jahren missbraucht worden –, gibt der Versöhnungschrist den Tipp, in der Verletzung »Lebensinn« und »Kraft« zu suchen. Gott selbst allerdings, wenn auch nur der alttestamentarische und damit der jüdische Gott, wird von Fliege zu recht gewiesen: »Er schickte die Strafe. Das war falsch. Vor 3000 Jahren genauso wie heute. (...) Das Konzept von Jesus ist anders. Es ist das der Geduld.« So ist der Christ gut, der Jude arm dran, und ein Gott ist in zwei geschieden: eurer und unsrer. Wäre Fliege katholisch, würde er wenigstens exkommuniziert, da er es gewagt hat, Gott zurechtzuweisen. In der evangelischen Kirche bleibt sowas erfahrungsgemäß folgenlos.

Auch sonst bemüht sich *Chrisma* redlich, einer rechtslastigen Klientel zu gefallen. Ein christlicher US-Knast, in dem ein Häftling auf Fernsehen, Flüche, Gewalt und Pornografie verzichten muss, auf dass er »Satan abschwört«, wird als gute Einrichtung gepriesen, die einen »Aufbruch ins Leben« bedeute. Ein anderes Mal stellt *Chrisma* fest, dass Deutschland leider nur »schlechte PR« für Babys mache. Ein erzwungener Partnerschaftstest vor der Heirat wird ernsthaft diskutiert. Usw., usw. Andererseits werden die CD »der Mutter« Madonna und ein Roman von John Updike empfohlen. Man ist eben »wendig und originell«.

Mit *Chrisma* hat die evangelische Kirche den Versuch aufgegeben, sich eine seriöse Zeitung zu halten. In diesem Magazin können die Redakteure soviel Boulevard machen, wie sie lustig sind. Insofern wird die Herausgabe der *Chrisma* in den traditionell eher intellektuellenfeindlichen Zirkeln der Lutheraner höchstwahrscheinlich als Akt der Befreiung empfunden.

Aus: Jungle World, Nr. 44 vom 25.10.2000

Briefe an die Redaktion

Buch zur Geschichte des BRSD

Liebe Freundinnen und Freunde!

Meine im März 1995 erschienene Dissertation ist jetzt wieder zu einem bezahlbaren Preis bei mir zu erhalten. Es hatten sich trotz des immensen Ladenpreises von 168 DM erstaunlich viele Exemplare verkauft, woran die positiven Rezensionen wesentlich mitbeteiligt waren. Ich habe dem Verlag jetzt die Restauflage abgekauft und vertreibe die Bücher selbst.

Wer wissen will: wie die Bundesgeschichte tatsächlich verlief; welche Juden nun wirklich im Bund waren (Buber war es nicht!); wieso der BRSD sich seiner Geschichte auch ohne Eckert nicht zu schämen braucht; was eine BRSD-Gruppe praktisch machte und was religiös-sozialistische Fei-

erkultur bedeutete, sei zur Lektüre herzlich eingeladen.

Für BRSD-Mitglieder und CuS-Abonnentinnen und Abonnenten kostet das Exemplar 45 DM inklusive Porto und Verpackung.

Am liebsten ist mir, wenn zugleich mit der Bestellung ein Verrechnungsscheck in dieser Höhe eingeht, damit ich keine zusätzliche Rechnungsstellung habe. Eine Quittung wird selbstverständlich mit dem Buch verschickt.

Damit potentielle Käuferinnen und Käufer wissen, was sie sich einhandeln, folgt hier das gekürzte Inhaltsverzeichnis des Buches und die leicht gekürzte Rezension von Arnold Pfeiffer (der auf diesem Gebiet Experte und Verfasser von Grundlagenwerken ist) aus CuS 4/1995.

Dr. Ulrich Peter, Fechnerstr.18, 10717 Berlin
Tel/Fax: 030/8612034, E-Mail: UPeter2964@aol.com

Ulrich Peter: Der »Bund der religiösen Sozialisten« in Berlin von 1919–1933

Wer sich für den religiösen Sozialismus in Deutschland interessiert, wird an diesem Buch nicht vorbeigehen können. Ulrich Peter hat ein Werk vorgelegt, das eine Fülle von Informationen nicht nur über den »Bund« in Berlin, sondern auch über den »Bund« im allgemeinen bringt und mit dem schönen biographischen »Anhang« (S. 391–462) eine ganze Reihe von religiösen Sozialisten aus unverdienter Vergessenheit herausholt – ich nenne hier nur Hans Francke, der ein Pionier der Friedensarbeit war, oder Hans-Joachim Mund, der an der Seite von Emil Fuchs unter schwierigen Umständen eine religiös-sozialistische Position innerhalb der DDR zu vertreten versucht hat. [...]

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß wir mit Peters Arbeit das Standardwerk über den

Bund der religiösen Sozialisten in Händen halten – ein Werk, das auf längere Zeit nicht überholt werden wird.

Die Pflicht des Rezensenten, Defizite anzugeben, fällt in unserm Falle wirklich schwer. [...]

Etwas enttäuscht war ich darüber, daß die Theologie der religiösen Sozialisten, die der Verfasser schon in seiner Magisterarbeit eher vernachlässigt hatte, auch diesmal (siehe S. 315–321) die verdiente Würdigung nicht erfahren hat. ...Aber solche Hinweise dürfen nicht davon ablenken, daß Ulrich Peter in zwei großartigen »Fallstudien« uns einen ganz hervorragenden Einblick in die Arbeitsweise der religiösen Sozialisten in zwei unterschiedlichen Berliner Bezirken gegeben hat: Neukölln mit seiner proletarischen Struktur einerseits, das bürgerliche Milieu von Charlottenburg andererseits. Beide Kapitel (S. 133–221 und S. 229–285) bieten Lehrreiches in Hülle und

Fülle. Was August Bleier mit seiner „Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden“ für die Charlottenburger Kirche bedeutet hat, wird hier wohl zum ersten Mal deutlich. Das gilt nicht nur in bezug auf das Ideologische im Pazifismus von Bleier, sondern auch in bezug auf die bürgerlich-liberale Gegenposition. (Daß die KPD ihren Beitrag zu einer Kirchenwahl durch ein lautes „Platzkonzert“ leistete, wird ebenfalls vermerkt.) Daß es ein liberaler Pfarrer, nämlich Dietrich Graue, war, der 1932 auf die Unvereinbarkeit von Christentum und Antisemitismus hinwies (S. 258), ist theologiegeschichtlich ebenso wichtig wie die Schilderung von Bleiers Kampf gegen die „Deutschen Christen“ vor 1933.

Dankbar erfährt man auch Näheres über die „proletarische Feiernkultur“, um die sich Paul Piechowski in Neukölln bemühte, wie auch über die dauernden innergemeindlichen Konflikte (siehe etwa S. 144-177 der Abschnitt „Vom Flaggenstreit bis Sowjetrußland“, der über das Auftreten des KPD-Funk-

tionärs Ottomar Geschke in einem kirchlichen Gemeindesaal berichtet).

Wie fleißig Peter gearbeitet hat, zeigt sich namentlich auch an der soziologischen Aufschlüsselung der Sympathisanten von Bleiers „Vereinigung der Freunde“ (S. 262 ff.) Hier werden mehrere Berliner Kirchenkreise soziologisch durchsichtig gemacht, wie man auch im Detail genau erfährt (S. 277 ff.), wie man sich eine pazifistische Feierstunde bei Pfarrer Bleier vorzustellen hat.

Ansätze zu einem Gesamtverständnis des „Bundes“, die ich hier nicht im einzelnen diskutieren kann, bietet Peter in den Teilen E und F seiner Arbeit, die den „Bund“ als soziale Bewegung und als kirchliche und kulturelle Organisation zu verstehen suchen - Wie gesagt, Peter hat ein Standardwerk geschrieben, das viele Quellen und Informationen zur Geschichte des religiösen Sozialismus in Deutschland aufschließt.[...]

Arnold Pfeiffer in CuS 4/1995

Ulrich Peter: Der „Bund der religiösen Sozialisten“ in Berlin von 1919 - 1933. Geschichte - Struktur - Theologie und Politik. 696 Seiten.

Inhaltsverzeichnis

- I. Einleitung
- II. Entstehungsbedingungen des BRSD
- III. Der Bund der religiösen Sozialisten 1919-1923: Von der Revolution zur Stabilisierung
- IV. 1924-1931: Religiöse Sozialisten in der Weimarer Republik - Der Schein der Normalität
- V. 1931-1933: Der Weg in die Katastrophe
- VI. Der BRSD-Bezirk Neukölln - Religiöse Sozialisten in einer Großgemeinde im Arbeiterbezirk
- VII. Religiöse Sozialisten in bürgerlicher Umgebung: Die Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden (VDF) 1919-1933
- VIII. Der BRSD und sein Verhältnis zur Arbeiterbewegung
- IX. Religiöse Sozialisten und soziale Bewegungen
- X. Die Theologie der religiösen Sozialisten
- XI. Der BRSD als kirchliche Reformbewegung
- XII. Der BRSD als Kulturorganisation
- XIII. Sonderorganisationen des Bundes
- XIV. Die Berliner religiösen Sozialisten 1933-1945
- XV. Nachleben 1945-1950
- XVI. Biographien 30 wichtiger Persönlichkeiten des Berliner BRSD

Autorinnen und Autoren

Franz Alt ist Journalist und Autor zahlreicher Bücher zu religiösen, sozialen und ökologischen Fragen. Er lebt in Baden-Baden.

Volker Böge ist Vorstandsmitglied des Komitees für Grundrechte und Demokratie.

Brian D'Agostino lebt in New York.

Darius Dunker ist Redakteur und Layouter von CuS und lebt in Aachen.

Udo Fleige ist Lehrer für Biologie und Evangelische Religionslehre in Tübingen und Redakteur von CuS.

Kurt Oesterle ist freier Autor und lebt in Tübingen. Für CuS schrieb er zuletzt in Heft 2/1996 zum 65. Geburtstag von Norbert Greinacher.

Christiane Müller arbeitet bei der »Begegnung von Christen und Juden« der Evang.-Luth. Kirche in Bayern (Neuendettelsau).

Dörte Münch ist Referendarin für Deutsch und Religion, lebt in Oberhausen und ist Redakteurin von CuS.

Heinz Röhr ist emeritierter Professor für Theologie und war viele Jahre im BRSD-Vorstand.

Bruno Schoch arbeitet bei der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung.

Beate Schröder ist Pfarrerin an der Eberhardskirche in Tübingen.

Jürgen Schübelin leitet das Referat Lateinamerika und Karibik bei der Kindernothilfe und lebt in Duisburg.

Harry Wassmann ist Pfarrer an der Eberhardskirche in Tübingen.

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte. Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für Leserinnenbriefe. Wer regelmäßig geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Technik: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur in Ausnahmefällen Zeit für das Übertragen von Manuskripten auf PC. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden:

- ohne besondere Gestaltung in einem der PC-üblichen Textformate (RTF, TXT oder DOC) auf einer PC-formatierten 3½-Zoll-Diskette oder per E-Mail an CuS@dunker.de

- Sollte kein PC zur Verfügung stehen, erbitten wir eine saubere Schreibmaschinenausschüttung auf weißem Papier, damit wir den Text einscannen können. Für uns würde dies eine erhebliche Arbeitserleichterung bedeuten!

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt!

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheidet die Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

75 Jahre BRSD: **Das Jubiläum in Eisenach** im April/Mai 2001

Der Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. bittet nach Möglichkeit schon jetzt um vorläufige Anmeldung. — Informationen und Anmeldung unter nebenstehender Adresse. **Siehe auch Seite 24.**

Abonnement und Retour:

BRSD e.V.
Martina Ludwig
Hohensteiner Str. 12
09117 Chemnitz

Telefon/-fax:
0371-8577366

»**Religiöser Sozialismus** kann nicht Verknüpfung von Religion und Sozialismus bedeuten, dergestalt, dass jeder seiner beiden Bestandteile auch unabhängig vom anderen, wenn nicht sein Genügen, so doch sein selbständiges Leben finden könnte und die beiden nur eben einen Vertrag geschlossen hätten, um ihre Selbständigkeiten zu einer des gemeinsamen Seins und Wirkens zusammenzufügen. **Religiöser Sozialismus** kann vielmehr nur bedeuten, dass Religion und Sozialismus wesensmäßig aufeinander angewiesen sind, dass jedes von beiden zur Erfüllung und Vollendung des eigenen Wesens des Bundes mit dem andern bedarf. **Die religio**, das ist die Selbstbindung der Menschenperson an Gott, kann ihre volle Wirklichkeit nur am Willen zu einer Gemeinschaft des Menschengeschlechtes – als die allein Gott sein Reich bereiten darf – gewinnen; **eine socialitas**, das ist ein Genossenschaftwerden der Menschheit, ein Genossewerden von Mensch zu Mensch, kann nicht anders wachsen als aus der gemeinsamen Beziehung zu der, wenn auch wieder und noch namenlosen, göttlichen Mitte. **Verbundenheit mit Gott und Gemeinschaft zu den Kreaturen gehören zusammen.** Religion ohne Sozialismus ist entleibter Geist, also auch nicht wahrhafter Geist; Sozialismus ohne Religion ist entgeisteter Leib, also auch nicht wahrhafter Leib. Aber: Sozialismus ohne Religion vernimmt die göttliche Ansprache nicht, er geht nicht auf Erwidierung aus, und doch geschieht es, dass er erwidert; Religion ohne Sozialismus vernimmt die Ansprache und erwidert nicht.« **Martin Buber** (1928)